





über die zollantliche Abfertigung der zur unmittelbaren Durchfuhr durch das deutsche Zollgebiet mit der Eisenbahn bestimmten Passagiereffekten und der Entwurf eines Gesetzes für Elbschiffahrts-Abgaben über die Verbesserung der Kanäle, sowie die Erhebung der Schiffahrts-Abgaben auf denselben, letzterer Entwurf in der durch den Bundesauschuss abgeänderten Fassung, den zuständigen Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen. Anerkannt wurde, daß die Bestimmung des § 4 Absatz 1 des Gesetzes über die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 auf die mit Pensionberechtigung angestellten Beamten der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Westfalen und der Posener Landschaft anzuwenden sei. Einer Eingabe wegen Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen für die Einfuhr von Jagdschneisen aus Oesterreich beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Endlich wurde über die Wiederbesetzung einer Stelle in der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich und über einen Antrag auf Ertheilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Verleumdung des Bundesraths Beschluß gefaßt. —

**Kommission für Arbeiterstatistik.** Die erste Sitzung der neu errichteten Kommission für Arbeiterstatistik wird, wie der „Reichs-Anzeiger“ (Nr. 114 vom 14. Mai) berichtet, in der zweiten Hälfte des Monats Juni stattfinden. Außer der Anhörung der Kommission über die für ihren Geschäftsgang vom Reichskanzler zu erlassende Geschäftsordnung, dürften Vorschläge über anzustellende Erhebungen bezüglich der Arbeitszeit im Bäckergerwerbe, Müllergerwerbe und im Handelsgewerbe die Gegenstände der Tagesordnung bilden. Diese Aufgaben sind bedeutsam. Hoffentlich springt für die Arbeiter dieser Erwerbszweige etwas Ersprießliches heraus: aber der sozialpolitische Geheimdecehth hat fort und fort, daß er nun gedenke, „einen langen Schlaf zu thun“! —

**Aus dem Abgeordnetenhaus.** Am 14. Mai wurde der Einkommensteuergesetzentwurf in zweiter Lesung verhandelt. Er bietet den Reichsunmittelbaren das 13fache ihrer Jahres-Einkommensteuer als „Entschädigung“ dafür, daß sie seit vielen Jahrzehnten keinen Pfennig Einkommensteuer bezahlen, sondern als Staatsprindner gelebt haben. Ein Rechtsmittel für diese Abfindung ist nicht vorhanden. Aber der Landtag hat das Miquel'sche Einkommensteuergesetz mit jener wunderbaren Klausel, die den feinsten Standesherrn den Vorkauf der „Entschädigung“ für einen schmähtlichen Mißbrauch verleiht, angenommen. Das ausgepörrte, tribulirte, bis auf den letzten Heller besteuerte Volk muß die Suppe ausessen, die ihr die wackeren Köpfe des Abgeordnetenhauses eingebrockt haben. Es versteht sich, daß der Entwurf angenommen wurde. Während Herr Rickert erklärte, die deutschfreisinnige Fraktion könne der Vorlage nicht zustimmen, sagte Herr Alexander Meyer, er werde das Gesetz „schließlich annehmen“. Die unverfrorene „Rechtsverwahrung“ der zwölf Grafen und Fürsten, die zu den reichsten Grundbesitzern und Unternehmern Deutschlands gehören, eine Urkunde, die so frivol ist, wie jene Entschädigungs-Forderung der nach Frankreich zurückgekehrten Emigranten, wurde mit einer Milde kritisiert, wie sie nur im preussischen Landtag möglich ist. Statt rund heraus zu erklären, daß diesen Herren kein Heller zu bewilligen sei, die ja nicht einmal mit dem 13fachen zufrieden sind, sondern eine 29fache Entschädigung fordern, statt es klipp und klar zu machen, die Leute, die Jahrzehnte auf Kosten des Volkes sich um die Steuern gedrickt haben, keine Abfindung verdienen, sondern die rechtswidrig hinterzogenen Steuern nachträglich mit Zins und Zinseszins zu erlegen haben, operirte man mit völlerrechtlichen Klauen, die noch weniger werth sind, wie die Geilinde des Herrn v. Bierspach gegen den Maximal-Arbeitsstag. Und das will viel heißen. Der Finanzminister Miquel brach die Lanze für die Standesherrn, der „Möchtegern-Demokrat“ des Zentrums, Herr Lieber, befand sich nicht und hieb in dieselbe Kerbe, daß die Spähne flogen. Der konservative Graf Limburg-Stirum, genannt Ebers, der Majoratsherr von hebraischen Gnaden, seitdem ihm der Stachel des Disziplinarverfahrens in die Flanken getrieben worden ist, noch regierungsfreundlicher als früher, behauptete mit tönenber Gnade, man könne nicht verlangen, daß die Standesherrn „dem Staate etwas

schentten“. Aber wer ist denn so kindlich zu wähnen, daß die Junker zu solcher Leichtfertigkeit sich hinreißen lassen? Adel verpflichtet, sich vom Staat, das heißt von der breiten Masse, den kleinen Leuten, den Proletariern viel, sehr viel, Alles schenken zu lassen, Kornzölle, Viehzölle, Holzölle, Brenner-Liebesgaben, Zuckerprämien. Nur der Böbelstolz will nichts wissen von jener Politik des Schenkens und Pumpens, die Karl Marx im 18. Brumaire als die hervorragenden Eigenschaften der Politik Napoleons III. in klassischer Form geschildert hat. — Eine Resolution des eifrigen Limburg-Stirum, wonach den Familien Bentheim-Tecklenburg-Rhedea und Sann-Wittgenstein-Verleburg, die seit 1878 gar keine Steuerfreiheit mehr genießen, trotzdem die Abfindung nachgeworfen werden soll, wurde denn doch abgelehnt. —

**Ein amtliches Dementi.** Nachdem bereits offiziös die Nachricht der „Freisinnigen Zeitung“ in Sachen des angeblichen württembergischen Branntweinsteuer-Vorschlags dementirt worden ist, erklärt nun auch der „Staats-Anzeiger für Württemberg“ die Meldung, daß die württembergische Regierung eine Aenderung der Besteuerung des Branntweins angeregt habe, für „völlig unbegründet“. Die Regierungsschreiben werden sich hüten, ihren Spieß gegen die Agrarier zu tragen. —

**In Sachen Krause.** Wir haben kürzlich (Nr. 111 vom 18. Mai) einen in der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlichten Brief des Afrikareisenden Dr. Krause mitgetheilt, wonach die deutschen Behörden in Togo die Großen von Salaga ausgefordert hätten, sie sollten Krause, wenn er in Salaga Handel treiben wolle, vertreiben, weil er die Anklage erhoben hätte, daß in Togo Sklavenhandel getrieben werde. Die „Vossische Zeitung“ (Nr. 228 vom 14. Mai) giebt sich dazu her, die freiwillige Offiziös der kolonialen Abtheilung zu spielen. Bis heute hat der „Reichs-Anzeiger“ noch keine amtliche Erklärung in dieser Angelegenheit gebracht: für gewisse Dinge giebt es offenbar kein offiziöses Dementi. In dem deutsch-freisinnigen Blatte, das sich seine Hintertreppenweisheit mit saurem Schweiß erworben hat, wird der Versuch gemacht, die wuchtige Anklage Krause's zu widerlegen. Und zwar so gewunden und verkniffen, daß diese Widerlegung nicht berichtigt, sondern eher bestätigt, ein Mißgeschick, das officiösen Rundgebungen sehr oft auflastet. Man lies: —

„Die Anschuldigungen, welche Krause gegen die deutsche Regierung in Zuschriften an die „Kreuz-Zeitung“ erhoben hatte, daß in Togo gleichsam unter den Augen der Behörde noch immer ein schamloser Sklavenhandel betrieben werde, haben sich zwar als unrichtig erwiesen, aber aus ihnen den Anlaß zu einer Regierungserklärung ableiten zu wollen, wie sie nach der Ansicht Krause's ergangen sein soll, erscheint gewagt. Unsere Regierung, so wird weiter bemerkt, verschleht sich nicht der Erkenntniß, daß in Togo noch immer ein Hörigkeitsverhältnis, eine Art Hausknechtserei besteht, aber sie sieht sich zugleich vor die Unmöglichkeit gestellt, diese Jahrhunderte alte, tief in der Anschauung und den sozialen Verhältnissen der Eingeborenen wurzelnde Einrichtung mit ihren beschränkten Mitteln vor der Hand auszurotten. Die Krause'schen Hinweise auf den angeblich stattfindenden Sklavenhandel haben aber unserer Kolonialverwaltung die Anregung dazu gegeben, das Verbot des Sklavenhandels neuerdings zur Kenntniß der Eingeborenen in Togo zu bringen. Das hat der greiflicher Weise unter dem Handel treibenden Hausfas, die fast ausnahmslos hörige Arbeiter — nach dem Sinne Krause's „Sklaven“ — beschäftigen, Erregung hervorgebracht und mag vielleicht dazu geführt haben, daß sie nach den Gründen für eine solche Erneuerung des Verbots bei diesem oder jenem Europäer, der nicht einmal Regierungsbeamter gewesen sein braucht, Erkundigungen eingezogen, worauf dann Krause als der eigentliche Anstifter angegeben worden sein mag. Wie dem aber auch sein mag, von der deutschen Kolonialverwaltung wird entschieden in Abrede gestellt, daß seitens der deutschen Behörde gegen Krause das Mindeste unternommen worden.“

Daß Krause thatsächlich vogelfrei ist, wird nicht geleugnet. Die seine Unterscheidung zwischen „Hörigkeit“ oder „Hausknechtserei“ auf der einen, der „Sklaverei“ auf der anderen Seite zeigt von einer anerkanntwerthen talundistischen Spitzfindigkeit. Und die Hausfas sind gegen Krause aufgekehrt worden, von einem Europäer aufgekehrt worden, der „nicht einmal ein Regierungsbeamter zu sein braucht“. Nicht einmal zu sein braucht! Aber es könnte doch ein Regierungsbeamter sein! Krause nennt ja ausdrücklich

nenne mir, das nicht beim Anblick des üppigen frischen Grüns verjüngt würde.

Tage des Mai, Ihr seid die Thantropfen des heißen Erdenlebens; darun seid Ihr so selten und dann auch so flüchtig wieder verschwunden, so leicht übersehen. Dennoch sollt Ihr Stärkung geben für's ganze volle Jahr. Ist es freilich Sterblichen beschieden, in Maienagen zu lieben, dann mögen sie getrost der Welt den großen Wechsel unter-schreiben, der sie verpflichtet, dankbar zu bleiben und zu-frieden, ob noch so schwere Lebensstürme auf sie eindringen, denn kein Prophet hat größere Güter und Wonnen den Seligen im Paradies versprechen können, als Lieb' im Mai.

Ach aber dennoch giebt es Sorgen und Schmerzen, die der Maiensonnenstrahl, der laue West und das Lied der Lerche nicht verschonen, das ist der Schmerz, der über'm Berge weint, das ist die Sorge, die den Freund der Menschheit niederbrückt, wenn mächtige, unsägliche Anstrengungen an Klippen unerbittlicher Wirklichkeit scheitern, wenn das Herz verzweifeln will und der Geist vergeblich nach neuen Wegen und Mitteln suchend umherirrt.

Der Tag ist gekommen, an dem die Liberalen dank ihrer tausendfältigen Intriguen und Listen mit zwei Drittel Majorität im ganzen Lande festgesetzt und nun die Konser-vativen mit höflicher Impertinenz, die Demokraten dagegen, welche selbständig mit ihren schwachen Mitteln gekämpft hatten, mit höfischer Ironie überschütteten.

Unser Freund Lange sitzt in der Laube seines Gartens und starrt über den Inhalt eines vor vielen Jahren skizzirten Epos nach. Die frischen blühenden Werke der ersten poetischen Begeisterung kommen ihm so fremd vor, als wären sie einem anderen Wesen entsprossen. Die mannigfaltigen Mängel, die seinen Formensinn verletzen oder zum Lächeln bringen, erscheinen ihm so unbegreiflich, daß er sich nicht zu sagen vermag, wie er hier so led, mit so hinreißendem Schwunge über alle Schwierigkeiten und Klippen hat hinwegspringen und wie er dort so naiv hinter den Anforderungen an ein wirkliches Talent hat zurückbleiben können. Aber wunderbar: so oft er die Feder ansetzt, um eine auffällige Härte

zu verbessern, fehlt es ihm an einer passenden Ergänzung. Verstimmt wirft er die Feder weg und meint:

„Es ist vergeblich; ich kann hier tadeln, aber nicht besser machen; die Kritik ist bei mir der Schaffungskraft über den Kopf gewachsen. Ich sehe, wo es fehlt, aber ich kann dem Mangel nicht abhelfen, wo es noth thut. Helene hat Recht; ich weiß nicht mehr zu dichten. Die Wirklichkeit mit ihren Ansprüchen an Gedankenscharfe nimmt der Poesie ihre Naivität. Nur erst einmal hinein in das eiserne System der nothwendigen Reihenfolge von Ursache und Wirkung, und vorbei ist's mit dem willkürlichen phan-tastischen Flattern der Poesie. Ich habe viel geopoet; die Mauern meiner kleinen Zauberkunst habe ich eingerissen und dem profaischen Tageslichte seine Herrschaft eingeräumt. Nun bin ich wieder zurückgeschleudert und suche vergeblich die Nischen und Spalten zu verstopfen. Ich müßte weit fliehen, nach einer Insel des Mitteländischen Meeres, und selbst da würde ich die Erinnerungen und Mahnungen nicht bannen können an meine Heimath und an die Noth meiner Brüder.“

Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe, die der Mensch, der vergänglich Sohn der Stunde, aufbaut auf dem beweglichen Grunde!

„Ich sagte mir: Du hast den Verstand, die Kraft und den redlichsten Willen, das arme gedrückte Volk zu einem besseren Dasein herauszuführen; wenn Du's nicht kannst, giebt es Jemanden, der es kann? Und nun sehe ich da, geschlagen von elenden Intriguenmachern, von Seitlängern in der Politik, denen das behörte Volk zujauchzt. Meine Jugend ging mit dieser Katastrophe dahin, und was ich sonst noch eingebüßt an Muth und Kraft zu neuem Streben, das kann ich jetzt noch gar nicht übersehen.“

Das Haupt fiel wieder auf die stöhnende Hand, das laute Denken machte einem stillen Träumen Platz, und die Blumendüste, die der West dem einsamen Trummer zuführte, wirkten lindernd und besänftigend auf die Welt seiner düsteren Gedanken.

Da kam mit schnellem Schritt ein Bote den Garten-pfad daher und überreichte ihm ein zierliches Briefchen mit noch viel zierlicheren Schriftzügen geschmückt. Solche Briefe

den Lieutenant Gerold als denjenigen, der die Auf-forderung zu den Schwarzen gebracht hat. Es braucht kein Privatmann sein. Hat die Reichsregierung kein Inter-esse daran, festzustellen, ob einer ihrer Beauftragten bei dieser Nacht und Abernacht seine Hände im Spiele hat? Hat das Reichsamt des Auswärtigen nicht die Pflicht, zu er-fahren, ob es ein Beamter „gewesen zu sein braucht“? Und es erscheint bloß „gewagt“, an eine Regierungsverfügung zu denken! Am Schlusse des „Wassjettels“ wird entschieden bestritten, daß die deutsche Kolonialverwaltung gegen Krause das Mindeste unternommen habe. Also es wäre nicht bloß „gewagt“, es wäre unmöglich. Ein Zweifel drängt den anderen. Das Amtsblatt schweigt? Ist die Kabelleitung nach Deutsch-Afrika gestört? —

**Segen der Schießinstruktion.** In der „Straß-burger Post“ lesen wir: „Daß eine Abänderung der Schießinstruktion für Militärposten dringlich ist, dafür ist auch in Saarge und ein Beleg geliefert worden. Drei Chevaulegers des hiesigen 5. bayerischen Chevaulegers-Regiments waren nach Schluß der Kaserne ausgezogen, um in einer benachbarten Bierwirtschaft noch ein Glas Bier zu trinken, wozu dieselben jedenfalls — zwei davon sind Kasinoburschen und einer ist Offiziersbursche — am Tage wenig Zeit haben werden. Als die betreffenden Leute nun etwas nach 1 Uhr zurückkehren wollten und der eine bereits innerhalb der Kaserne war, der andere oben auf der Mauer stand, um den letzten hereinzuziehen, wurden dieselben von dem Infanterieposten des Regiments Graf Daxfus entdeckt und angerufen. Den Anruf hat nun der noch draußen stehende Chevauleger nicht beachtet und ist weggelaufen, worauf der betreffende Infanterist zweimal Feuer gab; das erste Mal traf er den Chevauleger hart am rechten Arm, glücklicher-weise wurde nur die Haut ganz oberflächlich verletzt. Ein braver Muttersohn hätte da beinahe um einer Jugend-thorheit willen sein Leben opfern können. So strafwürdig nun der Ausreißer wegen des Ungehorsams gegen den Wachtposten ja auch entschieden ist — ein todeswürdiger Verbrecher ist er nicht. Und doch ist es nur einem glück-lichen Zufall zu verdanken, daß der Mann nicht sein Leben lassen mußte.“

Fort mit der Schießinstruktion! —

**Thureu Zeiten.** Auch der Großherzog von Hessen kommt mit seiner Zivilliste nicht mehr aus. Der zweiten Ständekammer ist eine Vorlage zugegangen, die eine beträchtliche Mehrforderung gegenüber dem Betrage der seitherigen Zivilliste von 1 096 288 Mark beansprucht. Die Steuerzahler können sich Glück wünschen. Die „Germania“ (Nr. 110 vom 15. Mai) bemerkt dazu: „Die Mehrforderung würde insofern auffällig sein, als der verstorbene Großherzog, der Vater des jetzigen, mit der seither ausgeworfenen Summe vollständig auskam, dabei Jahre lang eine ziemlich zahl-reiche Familie — 5 Kinder — hatte und auch noch einige Töchter bei deren Vermählung ausstattete, während sein Nachfolger bekanntlich erst 23 Jahre alt und noch unver-heirathet ist.“ —

**Englische Zustände in Deutschland.** In ver-schiedenen Blättern finden wir folgende Nachricht:

Zwickau, 10. Mai. Auf den Kohlenwerken des hiesigen Bezirks sucht man, ebenso wie in Rheinland, die Kohlenförderung einzuschränken. Seit einiger Zeit sind auch hier ganze Tag-Feierschichten eingelegt, obwohl wie besonders die Bergleute behaupten, gangbare Sorten Kohlen im Absatz nicht stöcken. Man macht den Gruben zum Vorwurf, mehr aus Spekulation, um den Kohlenpreis hochzuhalten, als aus Mangel an Absatz die Förderung einzuschränken.

Also im gemüthlichen Sachsen und im lustigen Rhein-land genau dieselben „englischen Zustände“ schlimmster Art wie in England selbst: Die Folgen chaotischer Produktion ins Blaue hinein mit toller Ueberproduktion als Anfang und gemeinschädlicher Einschränkung der Produktion am Ende, und gewissenloser Ausbeutung des Publikums und der Arbeiter zu allen Zeiten. Im Bergbau treten die Noththeile des Kapitalismus überall — in England, Amerika, Frankreich, Belgien und Deutschland gleichmäßig so deutlich und so greifbar zu Tage, daß der Gedanke der Ueberführung der Bergwerke in Gemeinbesitz jedem denkenden Menschen sich aufdrängen muß. —

konnte unser Freund nur in der Einsamkeit lesen. Er bat deshalb den Boten, einstweilen im Garten umherzuwandeln, und öffnete dann mit zärtlicher Sorgfalt die Umhüllung, worauf er halbblaut den Inhalt überlas:

„Mein Freund! Sie vernachlässigen mich immer mehr, trotz allen Ver-sprechungen. Ich müßte endlich dadurch abgeschreckt werden und es nach den Grundsätzen unserer Modedamen längst geworden sein. Indessen giebt man, sollte ich meinen, einen Freund je leichter auf, je weniger man ihn geschätzt hat, und übernehme ich daher trotzdem die vielleicht ver-gebliche Mühe, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir heute Konferenz in Sachen des „Frauenbundes“ haben, zu der Sie Ihre Mitwirkung versprochen. Sollte Ihnen Ihre Zeit ein früheres Kommen ermöglichen, so würden Sie mich Ihrer gewärtig finden.“

Mit Gruß Ihre Helene Howald.“

„Ein Engel ist dieses Wesen, an das ich mit meinen besten Absichten nicht heranreichte; sie liebt mich, das zeigt die Nachsicht, die sie meinen Vernachlässigungen angedeihen läßt, und ich meine immer, ich begehe an der Menschheit einen Raub, wenn ich mein gutes Glück an mich zu reißen wage. Ich wollte es wenigstens erst verdienen, ehe ich mit Stolz zu ihr hinaufblicken könnte. Ist das nun Stolz oder Bescheidenheit? Ich glaube, es ist eine verwerfliche Mischung von Beiden. Es ist Zeit, daß ich damit endige, souft demüthige ich schließlich sie, während ich selbst demüthig erscheinen sollte. Also ein Wort.“

„Verehrtes Fräulein: Ich folge Ihrem Bote aus dem Fuße und erwidere Ihren freundlichen Gruß persönlich.“

Ihr Friedrich Lange.“ „So, nun Bote, eile, daß Du hinkommst und nimm meinen letzten Thaler für Deine fruchtbare Botschaft.“ Der Bote eilte hocherfreut von dannen, und unser Freund säumte nicht, seine Toilette dem beabsichtigten Besuch entsprechend einzurichten. (Fortsetzung folgt.)



**Drohung mit dem Polizeistock.** Das die Depeschenbureau liegen wie — telegraphiert, daß sie tendenziös entstellte Nachrichten in alle Welt drahten, daß sie Enten fliegen lassen im Interesse der Wölfe und der — Reaktion, daß Regierungen sich ihrer nach Kräften bedienen, ist eine Binsenwahrheit. Dieser Tage hat nun „Reuter's Bureau“ ein aus Berlin datirtes Telegramm verschickt, das Alarmnachrichten über das Befinden des Sultans enthielt, Alarmnachrichten, die von der türkischen Regierung sofort berichtigt wurden. Nun ertheilt, offenbar im amtlichen Auftrag, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 228 vom 14. Mai) dem phantastischen Bureau einen Rüssel und droht zum Schluß: „Die Personen, welche zur Erreichung bestimmter politischer Zwecke derartige tendenziöse Telegramme aus Berlin datiren, sollten bedenken, daß es an Mitteln nicht fehlt, ihrem Treiben ein rasches und gründliches Ende zu bereiten.“ Vermuthlich bedeutet dieser Wink mit dem Jauchzettel: Ausweisung, ein gegen ausländische Zeitungsschreiber in Preussisch-Deutschland mit Eifer geübtes Mittel, unbehagliche Leute loszuwerden. Wir sind sicher die entschiedensten Gegner jener Agentenfabriken, und oft genug haben wir ihre unsauberen Machenschaften aufgedeckt. Aber wir verwerfen diese Politik der Einschüchterung ebenso entschieden und ersuchen die, welche es angeht, so dringend wie höflich, vor ihrer eigenen Thüre zu lehren. Ein eiserner Wesen reicht kaum aus, und was dem Reuter recht ist, muß dem Wolff billig sein. Herr von Stephan, unser Generalpostmeister, weiß vielleicht Intimeres über die Beziehung zwischen heimischen Behörden zu dem ehrenwerthen Bureau Wolff. —

**Die Wendinger Teufelsbeschwörung.** In der ultramontanen „Kölnischen Volks-Zeitung“ liest man, nachdem sie den „beherzten“ Knaben als geisteskranken Hysteriker gekennzeichnet hat:

„Wer die in „dämonischer Ekstase“ gemachte Aussage eines zehnjährigen Jungen ohne ein Wort des Zweifels als bare Münze aufnimmt, den mag man aus diesen und jenen Rücksichten entschuldigen, aber verteidigen kann man ihn wahrlich nicht, und der Rathholl kann nur seinem mit Mitleid gepaarten Bedauern über ein Verhalten Ausdruck geben, das sehr wohl hätte in Dignität endigen können. Um so entschiedener vermahnen wir uns gegen die Ausbeutung, welche die „Kölnische Zeitung“ mit dem Bericht vornimmt. Sie bringt die Wendinger Geschichte in Beziehung mit dem heiligen Noth, und während ihr Berichterstatter mit „Freude und Genugthuung“ feststellt, daß sich auch manche katholischen Pfarrer, vielleicht die meisten, dagegen ablegend verhalten“, schreibt er im selbigen Athem: „Wohl noch nie hat sich ein protestantischer Geistlicher dazu hergegeben, im Interesse der Kirche den altheidnischen Dämonen glauben nutzbar zu machen.“ Wir wollen hier nicht an jene abgeschmackten Teufelsgeschichten erinnern, die man bei Martin Luther nachlesen kann; wir sind durchaus der Meinung, daß weit aus die meisten protestantischen Geistlichen dazu ebenso wenig neigen, als die meisten katholischen Pfarrer, die den Kopf schütteln wie wir; aber die Stellung des protestantischen Pfarrers, der sich durch den famosen Müllerbusch von Refau mit seinen fliegenden Kartoffeln und Kochtöpfen vollständig dupiren ließ, ist doch noch in frischem Gedächtniß. Unseres Wissens hat kein katholisches Blatt sich beifallen lassen, diesen leichtgläubigen Mann, der bei der Gerichtsverhandlung über den Spul von Refau eine so traurige Figur spielte, der protestantischen Kirche an die Kochtöpfe zu hängen; schon dieser eine Fall hätte genügen sollen, um dem liberalen Blatt größere Voracht aufzulegen. Im Einzelnen bedarf der Fall noch manniacher Aufklärung. Sie zu schaffen, ist vorab Sache der geistlichen Behörde, schon weil P. Kurelian die Autorität zweier Bischöfe anruft, obwohl die Bischöfe von Augsburg und Eichstätt auch nach seinem eigenen Bericht nur in sehr losem Zusammenhang mit der ganzen Angelegenheit stehen. Den dortigen Ordinariaten Rath zu ertheilen, haben wir keinen Beruf und auch keine Veranlassung; wir zweifeln aber nicht im mindesten, daß der Bericht des P. Kurelian dort zum Gegenstand weiterer Maßnahmen gemacht werden wird.“

Wenn das Zentrumblatt die lutherische Orthodoxie mit Ruthen züchtigt, so ist sie im Rechte. Der Teufelsglaube ist kein Monopol schwäbischer Kapuziner. Auch in den Spalten der „Kreuz-Zeitung“ ist der „fliegengott“ jüngst gar grauslich umgegangen, und die Pfaffheit mit und ohne Konjur hat sich nichts vorzuwerfen. Jedenfalls verdient die Rundgebung eines so angesehenen Blattes verzeichnet zu werden. An der Sachlage ändert sie allerdings nichts. —

**Der liberale Musterstaat.** Von deutschfreisinnig-demokratischer Seite ist in der badischen Kammer der Antrag auf Einführung des direkten Wahlrechts eingebracht worden. Er wird, so jagt man, auch in — denn er fordert nicht etwa das Reichstags-Wahlrecht — zu Falle kommen. Gegen ihn find die Nationalliberalen und die Regierung. In der Kammer Sitzung vom 13. Mai erklärte der Staatsminister Dr. Turban, die Regierung sei nicht in der Lage, das direkte Wahlrecht zuzulassen. Auch die Anträge auf Aenderung der Organisation der ersten Kammer könnten nicht angenommen werden; er warne davor, „an der Verfassung zu rütteln, wozu keine Nothwendigkeit vorliege“. Diese reaktionäre Denkweise ist typisch für die Bourgeoisie und ihre Vertretung nicht bloß in Baden. —

**Die neue Pariser Arbeitsbörse.** Bekanntlich waren die Räumlichkeiten der alten Arbeitsbörse nicht mehr ausreichend, und ein neuer Bau mußte errichtet werden. Derselbe ist nun vollendet, und, wie wir aus der uns zugegangenen Einladung ersehen, soll die feierliche Eröffnung auf den 22. d. M. erfolgen. —

**Der muß es wissen.** Die Anarchie ist die Folge zwanzigjähriger Mißwirtschaft der Regierung“ erklärte Prinz Viktor Napoleon in einem Interview mit einem Redakteur des „Figaro“. Prinz Viktor Napoleon ist ein Sohn des alten Napoleon und Neffe des letzten französischen Kaisers Napoleon III. Da sein Vater und Onkel sehr viel in Anarchismus, Verschwörungen und Lockspiele gemacht haben, ist Viktor Napoleon entschieden eine gute Autorität, obgleich er persönlich bis jetzt noch nicht in die Welt gekommen ist, sondern nur in die Halbwelt. —

**Oesterreichisches in Italien.** Die Mainnummer unserer italienischen Genossen (Primo Maggio — Erster Mai) ist uns auf hübschem rothen Papier, fein säuberlich gedruckt, und noch besser dem Inhalt als der Ausstattung nach in zwei Exemplaren zugegangen, oder richtiger in zwei Ausgaben. Die erste wurde nämlich konfisziert, und die Schrift erst freigegeben, nachdem der anstößige Artikel entfernt worden. Die zweite Auflage prangt nun nach Art unserer oesterreichischen Parteiblätter in dem Schmud gähnender Lücken, aus demer das Wort: „Sequestrato!“ — Kon-

fiskirt! uns blöde entgegenreißt. Die Oesterreicher sind aus Italien entfernt, aber der oesterreichische Polizeigeist ist geblieben. Und da giebt's Leute, die Italien für einen freien Staat halten! —

**Die kommenden Neuwahlen in England.** Zu Anfang dieser Woche fand in einem Theile Londons eine Nachwahl für das Unterhaus statt, bei der sich die einander entgegenstehenden Parteien mit besonderer Heftigkeit bekämpften, weil sie diese Wahl als eine Kraftprobe für die bevorstehende allgemeine Wahl ansahen. Die Konservativen haben den Sieg erfochten, und man glaubt vielfach, die Regierung würde nun, da die Stimmung der Wählerschaft sich ihr günstig gezeigt, den Augenblick ergreifen und schon in nächster Zeit zur Auflösung des Unterhauses schreiten. Indes das sind eben bloße Vermuthungen — gewiß ist nur, daß in England die ganze innere Lage von den kommenden Wahlen beherrscht wird. England ist nach dieser Richtung hin in einer ähnlichen Lage, wie Deutschland in dem Jahre 1889, als alle Parteien ganz genau wußten, daß man sich jeden Tages der Auflösung des Reichstags genähert halten mußte. Damals kam es bei uns nicht zu einer Auflösung. Sei es, daß Fürst Bismarck keinen passenden Auflösungsgrund fand, oder daß eine mächtigere Hand ihn zurückhielt, genug, der Kartelltag blieb bis sein Mandat erloschen war. Das englische Unterhaus wird aber jedenfalls nicht bis zum Erlöschen seines Mandats, das heißt bis zum nächsten Jahr dauern, und die Erwartung einer plötzlichen Auflösung wird sich ohne Zweifel erfüllen. Aber wann? Und dieses beständige Warten auf die mit Sicherheit erwartete Ueberraschung hat etwas Nervenaufregendes, das sich im politischen Leben Englands jetzt sehr bemerkbar macht, obgleich brennende Fragen gegenwärtig nicht vorliegen. Die irische Frage, welche bei der vorigen Wahl so viel Händelfuß abgab, wird diesmal eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Erstens sind die Irländer gespalten, und zweitens sind sie heute so klug, daß sie von den Whigs und Liberalen ebensoviel und ebensowenig hoffen wie von den Tories und Konservativen. Auch der „Kampf um den Arbeiter“ verspricht nicht so hitzig zu werden, wie man eine Zeitlang vermuthen konnte. Die englischen Arbeiter — und das ist ein hocherfreuliches Zeichen — haben sich nämlich auf's Unzweifelhafteste dahin ausgesprochen, daß sie von den alten politischen Parteien nicht in's Schlepptau genommen sein wollen — und der demagogischen Arbeiterfänger ist dadurch gleich von vornherein ein gründlicher Dämpfer aufgesetzt worden. Herr Gladstone nebst seinen Bourgeois-Freunden mußte sich bald überzeugen, daß mit seinen radikal schillernden Gemeinplätzen von früher her („die Klassen gegen die Waffen“ u. s. w.) kein Hund mehr hinter dem Ofen herzuoluden ist, und da er Niemand mehr hatte, den er einsetzen konnte, so entschloß er sich auch, wahr zu sein und sein Bourgeoisgesicht ohne Maske zu zeigen. Die „Great feature“, der große Charakterzug der bevorstehenden Wahl, wird sein, daß das Gros der englischen Arbeiter nicht mehr, wie bei fast allen Wahlen des letzten Halbjahrhunderts, den Liberalen oder Radikalen (was im Wesen genau dasselbe ist) Heerfolge leistet und ihnen Hand- und Spanndienste thut.

Die Tories mochten sich wohl eine Zeit lang in dem Wahne gemeigt haben, sie würden die Arbeiter nun für sich kapern können, allein es muß ihnen bald klar geworden sein, daß alle Vorderversuche ihrerseits verlorene Liebesmühe sein würden, und Lord Salisbury hat deshalb auch mit der Arbeiterdeputation, die Anfangs der Woche um des Achtstundentages willen zu ihm kam, keine lange Komödie gespielt, und sich ohne Umstände entschieden gegen den gesetzlichen Normalarbeitstag erklärt. Unter den Tories giebt es noch Verschiedene, welche einige Lieblinge mit dem Sozialismus, nach Art Disraeli's, des Schöpfers der modernen Torypartei, für zweckmäßig gehalten hätten, und diese tadeln es, daß Lord Salisbury der Deputation gegenüber so offen war — indes der edle Lord hat nur aus der Noth eine Tugend gemacht und sein Gewissen nicht mit Lügen belastet, die ihm doch Niemand glaubt hätte.

Daß die englischen Arbeiter ihr Vertrauen nicht mehr auf die alten Parteien setzen und ganz selbständig und nur sich selbst vertrauend in den nächsten Wahlkampf eintreten, bedeutet einen großen Fortschritt in der englischen Arbeiterbewegung. Der Bann der bürgerlich-manchesterlichen Weltanschauung, die das Gros der englischen Arbeiter in dem Irgearten der rein gewerkschaftlichen Bewegung festhielt, ist an der Gründung einer eigenen politischen Partei hinüber, ist nun endlich gebrochen, und das Weitere wird sich finden. Die englischen Arbeiter haben oft undegreiflich lange gezögert, ehe sie über einen Graben hinwegsprangen, allein zurückgegangen sind sie nie. —

**Arbeiterbewegung in England.** Am 11. Mai empfingen der englische Minister des Innern, Mr. Matthews, und der Lord-Advokat des Unterhauses eine vom parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschafts-Kongresses abgeordnete Deputation, an deren Spitze die Parlamentsmitglieder Fenwick und John Wilson standen. Unter den Mitgliedern derselben befand sich auch eine Vertreterin der Arbeiterinnen, Miss G. White. Die Abordnung stellte das dringende Ersuchen an die Regierung, sie möge die Zahl der Fabrik- und Werkstattdirektoren vermehren und in Fällen, wo ein Arbeiter durch Unfall im Gewerbebetrieb sein Leben verloren hätte, Vertretern der Arbeiter die Berechtigung ertheilen, Namens der Hinterbliebenen oder der Weiblichkeit in der betreffenden Fabrik oder Werkstatt Angestellten vor dem Todtenschauschwur-gericht zu erscheinen, um Zeugniß abzulegen und am Verhör theilzunehmen. Der Minister des Innern, Mr. Matthews, erklärte, er könne den Ansichten der Deputation nicht beistimmen, da dieselben seiner Meinung nach die Leitung und Kontrolle der Fabriken und Werkstätten vollständig in die Hände der Inspektoren zu legen bezweckten, eine Maßregel, die den „Handel“ ruiniren würde. —

**Die Dynamitkomödie.** Wolff's laßesfrohes Depeschenbureau berichtete am Morgen des 14. Mai von einem am 13. Mai gemachten Londoner Bombensunde in Highgate. Wir hatten in richtiger Erkenntniß der Sachlage die Depesche in den Papierkorb geworfen. Und am Abend des 14. Mai geht der „Bosfischen Zeitung“ (Nr. 224) folgende private Drahtnachricht zu: „Die gestern in Highgate entdeckte angebliche Höllenmaschine entpuppte sich bei genauerer Prüfung als ein unschuldiger — Cricketball.“ Ein Ball, der bei dem englischen Volksspiel, dem Cricket,

benutzt wird. Man sieht, wie man die zahlreichen Dynamitdepeschen zu bewerten hat, die heuer die Blätter unsicher machen. —

**Russisches Getreideausfuhrverbot.** Die am 13. Mai erschienene Nummer der russischen Gesetzsammlung enthält den kaiserlichen Ukas, durch welchen die Maizausfuhr gänzlich freigegeben und die Ausfuhr der gegenwärtig in Archangel, Libau, Reval und Riga vorhandenen Hafer-vorräthe gestattet wird. —

**Nihilistisches? Der „National-Zeitung“** (Nr. 303 vom 14. Mai) schreibt ihr Petersburger Berichterstatter: „Ein auffallendes, mit großer Bestimmtheit austretendes Gerücht wird jetzt überall besprochen, zufolge dessen die Spur eines neuen nihilistischen Anschlages gegen den Zaren und seine Familie soeben entdeckt worden sei. Es war geplant gewesen, das Schloß von Gatschina, welches bekanntlich, den Sommer und die Wintermonate während der Hauptfaison ausgenommen, den ständigen Aufenthalt des Zaren und seiner nächsten Angehörigen bildet, in die Luft zu sprengen. Das ganze Palais ist unterminirt gewesen, wie es heißt, aber natürlich war es nicht die Petersburger Polizei, welche dem Verbrechen auf die Spur kam, sondern wieder einmal vertheilte eine Warnung aus dem Auslande den Mordanschlag. Von Paris aus soll die Meldung eingelaufen sein, welche genaue Mittheilungen enthielt, wie und unter welchen Umständen das Verbrechen vorbereitet werde, und als hierauf eine genaue Untersuchung angestellt wurde, da fand sich Alles bestätigt. Die Minen haben sich, wie erzählt wird, auf viele Kilometer hinaus erstreckt. Es ist natürlich, daß unter solchen Umständen, trotz des Bemühens der Regierung, nach wie vor Alles zu vertuschen, eine nicht zu verbergende Erregung in der Bevölkerung Platz gegriffen hat. Ueber den Anschlag auf Gatschina wird mit gewohnter Beharrlichkeit geschwiegen.“ Wenn der Terrorismus dem zarischen Despotentum Kontreminnen legt, so wirkt es nur nach dem amtlichen Vorbilde der „allerhöchsten“ Kreise, die mit Mord und Bomben als festen Faktoren ihrer Politik rechnen. —

**Russische Eroberungspläne.** Wenn Rußland einen neuen Schritt nach Indien unternehmen will, wird eine sogenannte wissenschaftliche Forschungsreise unternommen, bei welcher die Wissenschaft die Koulisse bildet, die Generalstähler und die Rosanen aber die eigentlichen Akteure sind. So ist auch die neueste Nachricht, die in England richtig verstanden werden wird, aufzufassen, daß die kaiserlich russische geographische Gesellschaft eine wissenschaftliche Expedition nach dem westlichen China und nach Tibet für den kommenden Sommer eingerichtet hat. „Der Zar“, heißt es, „spendete zu diesem Zwecke 80 000 Rubel.“ —

## Parteinachrichten.

**Zum Züricher Weltkongreß der Sozialdemokratie.** Die Mannheimer „Volkstimme“ enthält folgende Zuschrift eines Genossen:

„Seit langer Zeit ist schon das Bedürfnis vorhanden, der Internationalität der Bestrebungen der Sozialdemokratie einen für Jedermann klaren und verständlichen Ausdruck zu verschaffen.“

Eins der praktischsten Mittel hierzu wäre unserer Ansicht nach der Vorschlag, der seiner Zeit von einem unserer Genossen auf dem Brüsseler Kongreß gemacht und von den gesammten Delegirten Deutschlands in der Sektionsitzung einstimmig angenommen wurde, nämlich der, daß der erste Theil der Programme der sozialdemokratischen Parteien aller Länder, der unsere Bestrebungen in Bezug auf die notwendige wirtschaftliche Umwälzung klarlegt — da die Ziele der Sozialdemokratie in allen Ländern dieselben sind — den gleichen Wortlaut haben soll.

Diesem für alle Länder gemeinsamen Theile des Programms in Betreff unserer Endziele, kann — je nach dem Bedürfnis eines jeden Landes — ein zweiter Theil, der die politischen Forderungen der Sozialdemokratie eines jeden Landes an die gegenwärtigen Staaten enthält, hinzugefügt werden, der für alle Länder heute zu Tage verschieden sein muß, weil die Verfassungen der einzelnen Staaten verschieden sind und das eine Land oft Vieles besitzt, was für die anderen Länder noch zu erstreben ist und darum in den politischen Theil des Programms aufgenommen werden muß.“

Die Angelegenheit wird unzweifelhaft auf unserem deutschen Parteikongreß in diesem Herbst zur Sprache kommen. Eine Aenderung unseres Programms, das erst voriges Jahr in der jetzigen Form festgestellt ward, ist unthunlich; aber bei dem überall vorhandenen Bedürfnis nach engerem Anschluß wird der Wortlaut des allgemeinen Programms in den verschiedenen sozialdemokratischen Programmen ein immer gleichförmiger werden — jede neue Programmfassung wird zu einer größeren Gleichförmigkeit führen. Der nächste internationale Kongreß kann da Manches thun. Nur läßt sich die Sache nicht überstürzen.

**Unter den Amerikanern in Cassa-Poehringen** scheint die Maifeier ganz besondere Konfusion angerichtet zu haben. Schrieb da der „Cassaer“, ein kirchliches Straßburger Blatt folgenden Ansin:

„Die sozialdemokratische Maifeier ist in Deutschland fast überall recht wässerig verlaufen. Trotz aller großen Worte der sozialdemokratischen Presse hat die Rundgebung für den Achtstundentag der „Bourgeoisie“ wenig imponirt, noch weniger Angst eingejagt.“

Der ebenfalls kirchliche und ebenfalls in Straßburg erscheinende „Volkfreund“ sagte dagegen:

„Der 1. Mai ist vorüber und die Böller (7), von Furcht ergriffen, athmen auf... Polizei und Armes waren marschbereit, aufgestellt an allen bedrohten Orten, und sie hatten Befehl, mit äußerster Strenge jede Unordnung niederzuschlagen.“

Hoffentlich einigen sich die beiden ultramontanen Blätter bis zur nächsten Maifeier über eine etwas gleichartigere Berichterstattung.

**Todtenliste der Partei.** In Straßburg i. E. starb der Schuhmacher Karl Raumann. — In Koblenz nach 18 monatlichem Krankenlager der aus Breslau gebürtige Drechsler Fris Hanke.

In Mannheim verschied im Alter von 88 Jahren der Privatier August Gaing, früher Besitzer der dortigen Einhorn-Apothek. Er war ein treuer Freund der Sozialdemokratie. — In Leipzig schied am Donnerstag Abend Genosse Franz Kühn, 42 Jahre alt, aus seinem kampfbewegten Leben. Seit einer langen Reihe von Jahren konnte er kein besseres Streben als die Entfaltung der regsten Thätigkeit für unsere Partei. In Hamburg, Bant-Wilhelmschaven und zuletzt in Leipzig wurde er in Vertrauensämter gewählt und überall erwies er sich des Vertrauens würdig. (Wiederholt, da gestern an eine falsche Stelle unseres Blattes gerathen.)



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonntag, den 15. Mai.**  
**Opernhaus.** Der Trompeter von Säckingen.  
**Montag: Der Ring des Nibelungen.** Götterdämmerung.  
**Schauspielhaus.** Die Jungfrau von Orléans.  
**Montag: Die Weisheit Salomos.**  
**Berliner Theater.** Dorf und Stadt.  
**Montag: Nora.**  
**Leistung-Theater.** Die Kameliendame.  
**Montag: Die Großstadtluft.**  
**Wallner-Theater.** Ehrliche Arbeit.  
**Residenz-Theater.** Firma Rondinot.  
**Montag: Dieselbe Vorstellung.**  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Das Sonntagshind.  
**Montag: Dieselbe Vorstellung.**  
**Thomas-Theater.** Die Ulanen.  
**Montag: Dieselbe Vorstellung.**  
**Adolph Ernst-Theater.** Fräulein Feldweibel.  
**Montag: Dieselbe Vorstellung.**  
**Sellealliance-Theater.** Der Günstling.  
**Montag: Dieselbe Vorstellung.**  
**Kroll's Theater.** Die Raccabäer.  
**Montag: Dieselbe Vorstellung.**  
**Grand-Theater.** Berlin unter Wasser.  
**Montag: Dieselbe Vorstellung.**  
**Feenpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.

## Castan's Panoptikum.

Friedrichstraße 185a, Ecke Behrenstraße.  
**Riesin und Puppen-See**  
**Aama,**  
 16 J. alt, 9 F. groß.

**Prinzess Pauline,**  
 16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-Panopticum.**  
**Mann mit Steinkopf und Pigmy**  
 v. Stanley-Zwergvolk.  
 10-1 5-9 Uhr.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Konzert**  
 mit humoristisch. Vorträgen.  
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und 2 Säle.  
**F. Sadtke.**

**Moabiters Gesellschaftshaus,**  
 Alt-Moabit 80/81.  
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**  
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.  
**Hellmuth Peters.**

**Welt-Restaurant**  
 Dresdenerstr. 97.  
 Heute und folgende Tage:  
**Auftreten der**  
**1. bayr. Jodler, Konzertjänger und Schuhplattler-Gesellschaft**  
**M. Jacob Damhofer.**  
 Erste Abtheilung der Koschalschen Sänger, unter Protektion des k. k. Kammerjägers und Komponisten Hrn. **Thomas Koschat.**  
 Anf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entr. 15 Pf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Meine Dekoration, Jennstr. 15, will ich umstände halber sogleich oder per 1. Juli verkaufen. 5823R

**Neue Welt.** Bergschloss-Brauerei Hasenhalde.  
 Heute, Sonntag: 22b  
 Von 4 Uhr Nachm. ab: **Concert u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Auftreten von Künstlern allerersten Ranges.  
**Puppen-Theater.** Volksbelustigungen aller Art. 3 Kutschbahnen.  
**Im grossen Bal-champêtre: Cavalier-Ball.**  
**Großes Brillant-Feuwerk** der Pyrotechniker Herren **Leichnitz & Bau.**  
 Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. **Entree 25 Pfg.**

**Th. Keller's Hofjäger, Hasenhalde,** Bergmann-Strassen-Ecke.  
 67/12 Heute, Sonntag, den 15. Mai 1892:  
**Grosses Militär-Konzert** Im großen Saale  
 von der Regim.-Kapelle des 3. Garde-Regim. zu Fuß unter Leitung des Königl. Musikdirektoren Herrn **C. Arnold.**  
**Ball.**  
 Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pl. (im Vorverkauf 10 Pl. **A. Frölich.**  
 Die Kaffeeküche ist den geehrten Herrschaften täglich geöffnet.

**Zum Sternecker.** Schloss Weissensee.  
 Heute, Sonntag, den 15. Mai 1892:  
**Zwei**

**Ballonfahrten mit Fallschirm-Absturz**  
**Erstes Auftreten der Fallschirm-Dame Bertha Carell-Grossmann.**  
 Abschiedsfahrt des Herrn **Lattmann** mit seiner neu erbauten **Mongolfière.**  
 2425 L. Abfahrt um 6 und 6 1/2 Uhr.  
**Concert:** Garde-Dräger. Fall. Volksbelustigungen. **Rud. Sternecker.**  
 Anfang des Concerts 4 Uhr. Entree 50 Pf.

**Brauerei Gambrinus, Actiengesellschaft, Charlottenburg**  
 liefert von heute ab: [2411L]

**Gambrinus-Bersaubier**  
 die Tonne mit 23 Mark.  
 Bestellungen werden von der unterzeichneten Brauerei, sowie deren Bierfahrern entgegengenommen. Fernsprech-Anschluss Nr. 27.  
**Brauerei Gambrinus, Actiengesellschaft, Charlottenburg.**

**Raek's Bierhaus und Garten,** Langestraße 65.  
 Allen Genossen, Freunden und Bekannten empfehle mein vollständig renovirtes Restaurant. Große Vereinszimmer jeden Abend frei. Gute Speisen und Getränke. Bis 1 Uhr Nachts geöffnet.  
 2417L] **Gustav Tempel, Langestraße 65.**

**Treptow Restaurant Karpfenteich.**  
 Jeden Sonntag: **Tanz.**  
 Kaffeeküche täglich geöffnet. An den Wochentagen für Vereine, Hochzeitsgesellschaften etc. jederzeit zur Verfügung. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **7668 Otto.**

**Treptow. „Park-Schloss“**  
 Grösster Garten. 10 Kegelbahnen. — Tanz. — Jeden Sonntag: **Frei-Konzert.** 2301 L

**Treptow. Parkstrasse. Kaffeeküche. Kegelbahnen.**  
**Bade's Volksgarten.** Vorzügliches Weis- u. Gairisch-Pier. 2302L

An der Verbindungsbahn. **Treptow. Köpnlcker Landstrasse.**  
**Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**  
 ff. Lagerbier 0,4 Lit. 15 Pf. Münchener 0,4 Lit. 20 Pf. 6 Kegelbahnen. W. Jacob.

**Treptow. B. Zornow's Restaurant, Neue Brug-Allee.**  
 Kegelbahnen, Kaffeeküche, Tanz-Salon. [2412L]

**Aktien-Brauerei Friedrichshain**  
 am Königsthor. Heute, Sonntag: **Grosses Instrumental-Konzert**  
**W. Böhme.**  
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Programm unentgeltlich

**Märkischer Hof,** Admiral-Strasse Nr. 18c.  
 Jeden Sonntag und Mittwoch im großen Spiegel-Saal: **Großer Ball.**  
 Anfang Sonntags 4 Uhr, Mittwoch 8 Uhr. Ende 2 Uhr. Herren, die Sonntags am Tanz teilnehmen, zahlen nur 50 Pf. im Abonnement. Empfehle meinen Saal zu Sommerachts-Bällen, Hochzeiten und Versammlungen. Der 1. und 3. Pfingstfeiertag ist noch an Vereine zu vergeben. 3 Vereinszimmer mit Piano auch Sonntags zur Verfügung. 2352L

**Restaurant „Zukunftstaht“**  
 Kastanien-Allee 35. 2169L  
 Vereinszimmer, 30-40 Pers. fassend, mit Piano, noch einige Abende an Vereine, auch zur Zahlstelle, zu vergeben

**Seejöhögen Reinickendorf.** Jeden Sonntag: 2161L  
**Gr. Ball im Parquettsaal** wozu ergebenst einladet **Böttcher.**  
 Vereinszimmer ist zu verg. Feinerstr. 10 bei Schumacher. 10b

**Große Versammlung**  
**des 3. Berl. Reichstags-Wahlkreises**  
 am Dienstag, den 17. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Märkischer Hof“, Admiralstrasse 18 d.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Die Entwicklung des Eigenthums.“ Referent Herr **Ch. Glöck.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** 390/12

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
 Dienstag, den 17. Mai, Abends 8 Uhr, in „Knebel's Salon“, Badstrasse No. 58:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Dr. Bruno Schöbalank. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. 4. Fragelasten. Gäste willkommen. **Der Vorstand.**  
 Mitglieder, welche noch im Besitz von Billets zum stattgehabten Stiftungsfeste sind, wollen solche schleunigst abrechnen, da in dieser Versammlung die Schlussrechnung des Komitees erfolgen soll. [424/2]

**Gr. öffentliche Versammlung**  
 aller in der **Gold- u. Silberwaarenbranche** beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen und verwandter Berufsgeossen  
 am Dienstag, den 17. Mai 1892, Abends 8 1/2 Uhr, in „Feuerstein's Lokal“, Alte Jakob-Strasse No. 75.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Herrn **Roland** über „Robespierre“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten der Berliner Streif-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.  
 Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersucht **Die Agitations-Kommission.** 183/9

**Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsg. Deutschlands.**  
 Dienstag, den 17. Mai, Abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 sämtl. Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen in **Philipp's Salon** (früher Stein), Rosenthalerstraße 38.  
 Tagesordnung:  
 1. Geschäftliches: a) Kassenbericht; b) Jahresbericht. 2. Wahl der Lokalverwaltung. 3. Beschlussfassung über die fernere Gestaltung unserer Filiale. 4. Bericht und Neuwahl der verschiedenen Kommissionen. 5. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. **Mitgliedsbuch legitimirt.** **Die Verwaltungen.** 446/13

**Buch- und Papier-Arbeiterinnen.**  
**Verein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen.**  
**Versammlung**  
 am Donnerstag, den 19. Mai, Abends 8 Uhr, im **Rest. Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Wolf:** „Die Geschichte der Ehe und die Stellung der Frau in der Gegenwart.“ 2. Bericht über den Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes und Fragelasten. 407/7  
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Am Sonntag, den 22. Mai: **Ausflug nach dem Grunewald.** Abfahrt vom Potsdamer Bahnhof Nachm. 2 Uhr. Treffpunkt für Nachzügler: Kurfürstengarten in Halensee; daselbst von 3 Uhr ab großes Kaffeestöcken. Da der Buchbinder-Männerchor seine Theilnehmung zugesagt hat und der Vorstand für gute Unterhaltung Sorge trägt, wird um zahlreiches Erscheinen ersucht. D. O.

**Freie Vereinigung sämtlicher in der Papier-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
**Grosse Versammlung**  
 am Dienstag, den 17. Mai d. J., Abends präzis 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Scheffer, Inselstraße 10.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn** über: „Die neue Gewerbe-Ordnung und Fabrik-Ordnungen.“ 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zum Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes und Fragelasten.  
 Da die Tagesordnung von hohem Interesse ist, so wird es jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen. **Der Vorstand.** 267/3

**Gr. öffentliche Versammlung**  
 der **Mantelmäherinnen, Bügler u. Stepper**  
 am Montag, den 16. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in „**Hoffmann's Festsaal**“, Oranien-Strasse No. 180.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag von **Hr. Wabnitz.** 2. Diskussion. 3. Lohn- und Verhältnisseverhältnisse in der Mantelbranche. 4. Verschiedenes.  
 Zu zahlreichem Erscheinen fordert auf **Die Agitations-Kommission.** 179/20

**Schöneberg.**  
 Montag, 16. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, in der **Schloßbrauerei zu Schöneberg:**  
**Große öffentliche Versammlung**  
 des **Arbeiter-Bildungsvereins für Schöneberg und Umgegend.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag über die Taktik der Sozialdemokratie. Referent: **G. Behrend.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Arbeiter Schönebergs, treten alle dem Verein bei und zeigt, daß wir keinen evangelischen Männerverein in Schöneberg brauchen. 108/17  
 Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Sonnabend, den 21. Mai 1892:  
**Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert**  
 arrangirt vom **Sozialdemokratischen Agitations-Verein „Lafalle“**  
 in **Krösche's Gesellschaftshaus, Fichtestrasse No. 29** unter gütiger Mitwirkung der Männer-Gesangsvereine **St. Urban und Schildhorn** sowie des Gesangs- **Max Schöberg** und des **Emil Keill.**  
 Humoristen **Das Comité.** Entree 30 Pf. 452/6



## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 14. Mai. 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel und Kommissarien.  
In der Gesamtabstimmung wird die Novelle zum Berggesetz von 1865 einstimmig endgültig angenommen.

Die Vorlage, betreffend die Aufhebung von Stöckchen für Laufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie, in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein und in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, werden in dritter Beratung ohne Debatte gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern gegen Entschädigung.

Durch die Vorlage wird die den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormalig unmittelbarer deutscher Reichsstände, nämlich dem Fürsten zu Bentheim-Steinfurt, Salm-Salm, Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Hsenburg-Bückeburg, Hsenburg-Büdinger, und den Grafen zu Stolberg-Stolberg, Hsenburg-Büdinger, Stolberg-Kosla und Solms-Rödelheim zugehörige Befreiung von Personalsteuern gegen Zahlung des 13/16fachen Betrages aufgehoben.

Abg. Nickerl (Dfr.): Wir haben unsere ablehnende Stellung gegenüber diesem Entwurf bereits wiederholt gekennzeichnet. Die Kommissionsberatung hat uns noch weniger Appetit gemacht, zu Gunsten einiger Mitglieder der hohen deutschen Aristokratie irgend etwas von den Rechten des Staates zu vergeben. Dieselben haben ihrem hohen Stande keinen Dienst erwiesen durch die Art und Weise, wie sie ihr angebliches Privilegium den Steuerzahlern in Preußen gegenüber mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten bestrebt sind. Wenn diese Herren Ansprüche an den Staat zu haben glauben, mag man sie einfach auf den Weg der Klage verweisen. (Sehr richtig! links.) So verfährt man mit jemand, der in einem Verfassungsstaat vollständig gegen die Tendenzen der heutigen Zeit glaubt noch heute auf Steuerprivilegien, auf welche in anderen konstitutionellen Staaten sogar gekrönte Häupter verzichtet haben, Ansprüche machen zu können. Wir werden für diese Sache nicht einen Pfennig bewilligen.

Abg. Finanzrat Wallach: Die Regierung ist in Uebereinstimmung mit den Verhandlungen dieses Hauses bemüht gewesen und wünscht mit den Reichsunmittelbaren zu einer Verständigung über die Grundlagen der zu gewöhnlichen Entschädigung zu kommen. Es handelt sich dabei um schwierige Rechtsfragen, deren Studium die lange Dauer der Verhandlungen erklärt, welche unangenehm betriebsam wurden. Im Oktober wurden mit den Vertretern der hauptsächlich im Reichsunmittelbaren auch mündliche Verhandlungen angestellt, und dabei wurde schon in einer vorläufigen Darlegung der finanziellen Grundlagen der zu vereinbarenden Entschädigung konstatiert, daß man zu einer Verständigung über den zu zahlenden Satz voraussichtlich nicht kommen werde, und man mußte sich klar machen, bis zu welchem Punkte die Regierung gehen zu können glaubte. Danach sind den Herren die entsprechenden Vorschläge unterbreitet; wie aus der Rechtsverwahrung hervorgeht, würden weitergehende Verhandlungen zu keinem ersprießlichen Resultat, sondern nur zu Verzögerungen geführt haben.

Abg. Bödiker (Z): Dem Standpunkt des Abg. Nickerl gegenüber muß ich betonen, daß die Ansprüche der reichsunmittelbaren Herren nicht auf landesgesetzlicher, sondern auf historisch verwandener, staatsrechtlicher, ja, so zu sagen auf völkerrechtlicher Grundlage beruhen, also auch nicht durch landesgesetzliche Akte so einfach beseitigt werden können.

Finanzminister Miquel: Der Vorredner hat den Standpunkt, den man der Vorlage gegenüber einnehmen muß, ganz richtig dargestellt. Abg. Nickerl steht auf einem für die Regierung wie für das Haus gleich unmöglichen Standpunkt. Ganz abgesehen von der Vorläufigkeit des neuen Einkommensteuer-Gesetzes, das die Regierung 1815 an, daß die betreffenden Häuser Personalsteuer-Freiheit genießen. Was theilweise auf Verträgen, theilweise auf ausdrücklich erteilten Privilegien, theilweise sogar auf res judicata beruht, das soll von nun an einfach nicht mehr existieren? Wie kann man das sagen, wie kann man die Herren auf den Rechtsweg verweisen? Das thut man doch nur, wenn man ein beanspruchtes Recht bekennt, wir aber erkennen das Recht der reichsunmittelbaren Herren an. Die Frage, ein solches Recht durch Entschädigung abzulösen, ist durch das neue Einkommensteuer-Gesetz entschieden, der Standpunkt des Abg. Nickerl ist nur möglich, wenn man diese Bestimmung wieder aufhebt.

Abg. Sattler (nat.): Meine Freunde werden für das Gesetz stimmen in der Anschauung, daß, wenn es nicht zu Stande käme, die Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren einfach weiterbestehen würde, da der betreffende Paragraph im Einkommensteuer-Gesetz die Fassung erhalten hat, daß die Steuerfreiheit nur nach dem Zustandekommen einer gesetzlichen Bestimmung aufgehoben werden kann. Ich muß es als irrtümlich bezeichnen, wenn der Abg. Bödiker behauptet, jene Steuerfreiheit beruhe auf völkerrechtlicher Grundlage. Ich erkenne übrigens an, daß, nach völkerrechtlicher Grundlage seit Jahrzehnten die Steuerfreiheit dem Reichsunmittelbaren nicht ohne Entschädigung genommen werden kann, bedauere allerdings, aus der Rechtsverwahrung, welche die Herren gegen uns eingereicht haben, nicht erkennen zu können, daß sie dem Wunsche des Grafen Limburg-Stirum, die gewonnenen Wohlthaten als solche anzuerkennen und nun auch ihrerseits keine übertriebenen Forderungen zu machen, nachgegeben wären. Ich komme zu dem Resultat: eine Ablehnung des Gesetzentwurfs scheint mir nicht möglich, wenn man eine möglichst gerecht bemessene Entschädigung gewährt.

Abg. Lieber (Z): Von einem angeblichen Privilegium der Reichsunmittelbaren kann hier gar nicht die Rede sein; diese Auffassung würde unserer Ueberzeugung nach den ganzen Rechtsboden aller öffentlichen Verhältnisse erschüttern. Es ist eine blanke Unmöglichkeit für die Reichsunmittelbaren, wenn sie auf ihrem Rechtsboden stehen bleiben wollen, auf ein Recht ihrer Familien zu verzichten.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L): Wir erkennen an, daß die reichsunmittelbaren Herren ein positives Recht auf ihre Steuerfreiheit haben, und sind nicht der Meinung, daß Staat und Landesvertretung, wenn auch die Macht, ein innerliches Recht besitzen, ohne Entschädigung diese Steuerfreiheit abzuschaffen.

Abg. Nickerl (Dfr.): Wenn man die Rechte der Steuerzahler wahren will, kann man unmöglich wünschen, daß die Reichsunmittelbaren von der Regierung bei den Verhandlungen gar nicht behandelt werden wären. Ob es zu viel verlangt ist, daß sie auf diese Steuerfreiheit verzichten, das ist Sache des Gefühls. Wenn auch der Kernsatz zu den Steuern beitragen muß, so heißt es: noblesse oblige, daß auch die Standesherren aus ihrem reichen Säckel etwas dazu beitragen und auf ihr Privilegium verzichten. Wir werden in dritter Lesung einen Gesetzentwurf einbringen, in dessen erstem Paragraphen einfach steht: Die den Reichsunmittelbaren gewährte Bevorzugung wird hierdurch auf-

gehoben. Ihre Heranziehung zur Einkommensteuer geschieht vom 1. April 1893 an.

Finanzminister Miquel: Wenn das Gesetz scheitert, bleibt die dem Abg. Nickerl so verhasste Steuerfreiheit bestehen. (Sehr richtig! rechts.) Wollte es die Staatsregierung auf eine Klage ankommen lassen, so würde sie in den Verdacht frivolon Prozeßstrens kommen.

Abg. Meyer-Berlin (Dfr.): 1891 wäre der geeignete Zeitpunkt gewesen, gegen die Vorrechte der Standesherren einzuschreiten. Ich habe damals dem Hause nicht angehört, mache aber kein Hehl daraus, daß ich gegen das ganze Einkommensteuer-Gesetz gestimmt haben würde, schon aus dem Grunde, weil es diese unbedingten Entschädigungen gewährt. Ich beuge mich vor einer einmal durch das Gesetz gefällten Entscheidung.

Abg. Bödiker: Die völkerrechtliche Grundlage der Steuerfreiheit ist gar nicht zu bestreiten.

Abg. v. Limburg-Stirum (L): Was das noblesse oblige anbetrifft, so liegt es durchaus nicht in der Pflicht edler Gesinnung, auf wirkliche, wohlverordnete Rechte zu verzichten, wo der andere nicht arm, sondern wohl in der Lage ist, Entschädigung zu zahlen.

Abg. Lieber: Die staatsrechtliche Grundlage der in Rede stehenden Rechte ist über alle Zweifel erhaben.

Abg. Sattler (nl.): Unsere Besprechungen hatten den erfreulichen Erfolg, daß nach meinen Deduktionen die Freisinnigen nur in der zweiten Lesung gegen die Vorlage stimmen, in der dritten Lesung aber, wenn ihr Antrag abgelehnt sein wird, dafür sein wollen.

Abg. Nickerl: Die Motive des Einkommensteuer-Gesetzes sagen ausdrücklich, daß die Aufhebung ohne Entschädigung im Wege der Gesetzgebung an sich formell rechtlich zulässig sei; das genügt mir vollkommen.

Damit schließt die Diskussion über § 1, der demnächst angenommen wird, ebenso §§ 2 und 3. Zu § 4, welcher die Entschädigungen auf den 13/16fachen Betrag der Steuer festsetzt, bemerkt

Abg. Sattler, daß er, um die Annahme dieses Satzes mit möglicher Einnützigkeit zu erreichen, seinen in der Kommission gestellten Antrag, nur das 9/10fache zu gewähren, nicht wiederholen will.

Abg. Bödiker (Zentrum) weist darauf hin, daß in der Kommission nicht nur Anträge auf Erniedrigung des Entschädigungssatzes, sondern auch solche auf Erhöhung desselben gestellt seien, daß aber die Kommission sich schließlich für die goldene Mittelstraße der Vorlage entschieden habe.

§ 4 wird genehmigt, desgleichen der Rest des Gesetzes.

Abg. Graf Limburg-Stirum hat folgende Resolution beantragt: Die Regierung aufzufordern, zu erwägen, ob aus Billigkeitsgründen den Familien Bentheim-Steinfurt, Hsenburg-Büdinger, Stolberg-Stolberg, Hsenburg-Büdinger, Stolberg-Kosla und Solms-Rödelheim Entschädigungen für die frühere von ihnen genossene Befreiung von ordentlichen Personalsteuern zu gewähren sein wird.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L) spricht für, Abg. Meyer-Berlin (Dfr.) gegen die Resolution, ebenso Abg. Franke (nl.). Finanzminister Miquel erkennt die Gefühle des Grafen Limburg als berechtigt an, bittet jedoch die Resolution nicht anzunehmen.

Nachdem noch die Abgg. Lieber und Graf Limburg-Stirum für die Resolution gesprochen, wird dieselbe gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Freikonserwativen abgelehnt. Die eingegangene Petition wird durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Schluß 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Dritte Beratung der Landgemeinde-Ordnung für Schleswig-Holstein, der Vorlage wegen Entschädigung der Reichsunmittelbaren, Petitionen.)

## Parteinachrichten.

Ueber einen ungerechten Boykott, mit dem unbekante Personen privater Weise eine Bieler Brauerei zu schädigen suchten, wird der sozialdemokratischen „Norddeutschen Volksstimme“ geschrieben: „In recht frivoler Weise und anscheinend aus unangenehmen Gründen ist von bisher noch nicht ermittelten Personen über das von der Schloßbrauerei gebrauchte Bier der Boykott zu verhängen versucht worden. Schon vor einiger Zeit begegnete man hier und da dem Gerüchte, auf der Schloßbrauerei sei den Arbeitern der Lohn gekürzt und infolge dessen das Bier schlecht geworden. Wir legten dem Gerücht wenig Gewicht bei, erstens sagten wir uns, ist den betreffenden Arbeitern ungerechtfertigter Weise der Lohn gekürzt worden, dann haben sie sich zunächst an die hier in Kiel tagende Kontrollkommission aller Gewerkschaften zu wenden, damit diese sich vermittelnd der Sache annimmt. Noch eingezogenen Erkundigungen aber haben wir in Erfahrung gebracht, daß weder bei der Kontrollkommission, noch bei der Parteivorstande, noch bei irgend einer anderen Arbeiterkorporation Klagen über Lohnabzüge auf der Schloßbrauerei laut geworden sind. Zweitens glaubten wir mit Recht annehmen zu dürfen, daß die lassenbewußten Arbeiter Kiels und Umgegend nicht auf ein einfaches Gerücht hin sich den Geschnad an irgend einem Biere verderben lassen. Leider haben wir uns hierin bis zu einem gewissen Grad getäuscht. Die betreffenden Vertreter der Schloßbrauerei sind bei uns darüber vorstellig geworden, daß sie in der ungerechtfertigtesten Weise durch ein vollständig aus der Luft gegriffenes Gerücht schon empfindlich geschädigt worden seien. Keineswegs sei ihrerseits ihren Arbeitern der Lohn gekürzt worden, vielmehr sei der von ihnen gezahlte Lohn zum Mindesten ebenso hoch, wie die auf den anderen Brauereien gezahlten Löhne. Wir unsererseits haben nicht die geringste Ursache, an der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln, so lange nicht der Gegenbeweis erbracht ist, und können solche Vorkommnisse nur um so mehr bedauern, da in letzter Zeit auch gegen Wirthe von bestimmten, unbekannt gebliebenen Personen die Drohung ausgestoßen worden ist, man wolle dafür Sorge tragen, daß der Arbeiterverkehr von ihrem Lokale abgelenkt würde. Und dennoch hatten die eben weiter nichts verbrochen, als diesen Leuten keine größeren Gastrechte zugestehen zu wollen, als jedem anderen Gaste gegenüber. Es kann und darf niemals von der Laune eines einzelnen Individuums abhängen, einen ihm mißliebigen Geschäftsmann mit dem Horne der Gesamtheit zu bedrohen. Wie oftmals haben wir schon mit Recht Maßregelungen unserer Arbeitskollegen kritisiert, die oftmals auf den äbelvollenden Verriicht eines einzigen Beamten zurückzuführen waren. Deshalb wissen wir es mit um so viel größerer Voracht zu verhalten, daß seitens der Geschäftslente uns derselbe Vorwurf gemacht werden kann. Kein Arbeiter ist berechtigt, ohne das Urtheil der Gesamtheit, im Namen der Arbeiter einem bestimmten Geschäftsmann eine Entschädigung in Aussicht zu stellen oder gar zu veranlassen. Wer es dennoch thut, und zwar thut, um seinen persönlichen Groll zu stillen, der treibt ein frivoles Spiel mit unserer Solidariät und Disziplin und ist der allgemeinen Verurtheilung würdig. Die Arbeiter haben es selber in der Hand, solchen

Unfug zu verhüten, wenn sie niemals auf solche Gerüchte Gewicht legen, sondern nur auf die Meinung der Gesamtheit achten, die stets durch unsere Presse auch rechtzeitig zur Geltung kommen wird.“

Wir haben diesen Worten unseres Bruderorgans nur noch hinzuzufügen, daß ferner die Gesamtheit der Arbeiter eines Ortes verpflichtet ist, vor Verhängung des Boykotts über eine Firma sich über das Bestehen der behaupteten Umstände, die den Boykott erheischen würden, auf das allergenaueste zu informieren, in sachlichster Weise das Für und Wider zu erwägen und, wenn unter Beobachtung der sorgfältigsten Untersuchung, die man dem Angellagten schuldet, so verfahren und die wirkliche Schuld der Firma unzweifelhaft festgestellt ist, dann den Boykott mit aller Kraft und Zähigkeit fortzuführen, bis der Sieg errungen ist.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Beleidigung von Mitgliedern der bewaffneten Macht wurde der Schuhmachergehilfe E. Weber vom Dresdener Amtsgericht zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Angeklagte befand sich am 1. März in der Schumann'schen Schankwirtschaft in der Ramenstraße und unterhielt sich mit einem anderen Gast über Soldatenmißhandlungen. Dabei soll er die Aeußerung gethan haben: „Die 18jährigen Jungen, welche in Marienburg als Unteroffiziere ausgebildet werden, sind zum größten Theil schuld an den Soldatenmißhandlungen.“ Zwei Unteroffiziere, die in der Nähe saßen, schälten sich dadurch beleidigt und veranlaßten die Stellung des Strafantrages. Neben der Geldstrafe wurde dem Beleidigten noch das Recht zugesprochen, den verjüngenden Theil des Urtheils in der Schumann'schen Schankwirtschaft öffentlich auszuhängen.

— In Waldenburg in Schlesien stand am 10. Mai der dortige Genosse Fischer vor der Strafkammer, um sich wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die inkriminirten Worte, welche Genosse Fischer gesagt haben sollte, wurden aber nicht als Beleidigung, sondern nur als Kritik aufgefaßt und deshalb erfolgte Freisprechung. Genosse Fischer mußte nicht bloß bekennen, zu welcher Religion, sondern auch zu welcher politischen Partei er gehöre. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Landsberg aus Schweidnitz.

## Lokales.

In der heute in den Arminhallen stattfindenden Landeskonferenz für die Provinz Brandenburg heißen wir die aus Wahlkreisen der Provinz erscheinenden Delegirten hierdurch herzlich willkommen, in der Voraussetzung, daß ihre Arbeiten und Beratungen vom besten Erfolg gekrönt sein mögen. Wir hoffen und wünschen, daß der Zweck der Konferenz: die Agitation in den Provinzialstädten und namentlich auf dem Lande, sowie das Zeitungswesen zu regeln, nicht nur für die Brandenburger Genossen, sondern für die gesammte Partei dahin führen möge; daß bei der nächsten Reichstagswahl nicht nur ein erheblicher Stimmengewinn, sondern weitere Wahlkreise und Zusätze. Möge ein Jeder der Theilnehmer von dem leitenden Gedanken und Bestreben befehle sein, daß durch einmüthiges Zusammenhalten und thatkräftiges Wirken Aller uns um so eher der Sieg wird!

Wieder eine „geistige Waffe“ gegen die böse Sozialdemokratie ist in den letzten Tagen entdeckt worden. Und zwar sind es die biederen Pfahlbürger des lieblichen Städtchens Rathenow, welche das Verdienst für sich in Anspruch nehmen können, den letzten Nagel zum Sarge der Sozialdemokratie geliefert zu haben. Der Turnverein von, auf und zu Rathenow hat nämlich mit 67 gegen 82 Stimmen eine Resolution angenommen, nach welcher Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins nicht zugleich Mitglieder des Turnvereins sein können!

Wir sind über die internen Angelegenheiten des patriotischen Turnvereins in Rathenow nicht genügend unterrichtet, um beurtheilen zu können, welche Tragweite diese schwerwiegende Resolution für das Wohl und Gedeihen Rathenows im Speziellen und für die Weiterentwicklung der Welt im Allgemeinen haben wird. Ein trauriges Zeichen der Zeit scheint es uns aber zu sein, daß eine derart welthistorische Bedeutung nicht einstimmig gefaßt wurde. Diese 15 Opponenten scheinen ja von dem frivolen Gedanken angekränelt zu sein, daß die Politik eigentlich nicht in die Turnvereine gehöre! Sie waren natürlich auf dem Holzwege. Es wird Niemand Wunder nehmen, wenn das erhebende Beispiel der Rathenower Turnmenschen die üblichen Konsequenzen nach sich zieht. Eine Berliner Lehrlings-Abtheilung irgend einer turnerischen Vereinigung wird den 18jährigen Klempererlehrling Schulze ohne Gnade und Barmherzigkeit auszuschließen haben, wenn er unpatriotisch und unturnerisch genug ist, in einem Hause noch länger zu wohnen, in welchem ein Exemplar des „Vorwärts“ gehalten wird. Schließlich liegt der Jünger Jahr's einen Artikel, er nimmt das sozialistische Gift in sich auf und um den Patriottismus der ganzen Lehrlingsabtheilung ist's im Nu geschehen! Also deshalb Vorsicht, fort mit dem Lehrjungen aus dem Turnverein!

Daß Rathenow bahnbrechend auf diesem Gebiet vorgegangen ist, bringt der Stadt der großen Brisen und doch so kurz-sichtigen Menschen unsere Anerkennung. Noch einige Duzend ähnlicher „geistiger Waffen“ und die Sozialdemokratie hat auch den Turnverein in Rathenow über den Haufen gefaßt. Die Annahme der oben mitgetheilten Resolution wird uns in und um Rathenow eine ganze Anzahl neuer Rekruten zuführen.

Zum Kapitel „Weiches Recht für Alle“. Vor Kurzem wurden mehrere unserer Genossen in Lichterfelde und Lankwitz mit Strafmandaten bedacht, weil sie Schlafstellen vermietet hatten, ohne dazu vorher die Erlaubnis der gestrengen Amtsvorsteher eingeholt zu haben. Nachdem dies geschehen und die Strafen bezahlt, erschienen Beamte, um die in Frage stehenden Räume mit mathematischer Genauigkeit auf ihren Kubinhalt zu prüfen, und wenn in Ordnung befunden, war die Sache abgethan. In einem Falle aber wurde einem Genossen das Vermietungsrecht entzogen, weil der Eingang zur Schlafstelle angeblich nicht genügend separirt sei. — Dagegen wäre nun nichts einzuwenden, denn Ordnung und Sitte muß eben sein; wir erwarten nur, daß die behördlichen Organe auch da mit der erwarteten Schnelligkeit und dem nöthigen Nachdruck vorgehen, wo es nicht Arbeiter sind, die sich solche Verstöße gegen Ordnung und Sittsamkeit zu Schulden kommen lassen. Vor mehreren Wochen kam ein Trupp Arbeiter, beiderlei Geschlechts, aus Polen und Galizien kommend, in Lichterfelde an, um von einem Unternehmer zu Streckenarbeiten an der Anhalter Bahn verwendet zu werden, trotzdem, nebenbei gesagt, nicht nur die Straßen Berlins sondern auch Lichterfelde von Arbeitlosen wimmelten. Nicht weil sie billiger, sondern mehr arbeiten, diese Polen, hatte der Unternehmer gekauert, aber wir glauben, bei einem Lohn von 2,50 M. für die männlichen und 1,00 M. für die weiblichen Arbeiter bleibt für den Herrn immer noch ein ansehnliches Plus. Die Wohnungsfrage „seiner“ Arbeiter scheint der Herr ohne große



Schwierigkeiten gelöst zu haben, wenigstens scheint die Behörde solche in diesem Falle nicht gemacht zu haben, denn eine Wube aus Schaalbrettern ca. 7 Meter lang, 4 Meter breit und 3 Meter hoch auf freiem Felde hingeseht, bilden das Wohnhaus. 3 Meter davon sind für Garderobe und die nöthigsten Wirtschaftsgegenstände reservirt, der übrige Theil des Hauses verbleibt als Schlafraum für die aus 30 Köpfen bestehende Arbeiterkolonne. Wir glauben, daß dieser Raum als Schlafstelle für Männer und Frauen bei weitem nicht den politischen Vorschriften genügt und von einem separaten Eingang ist erst recht nicht die Rede, denn die Ruhenden liegen, immer 10, in einem Abstand von ca. 1 Meter über einander geschichtet. Die Luft, welche in diesem Schlafräume herrscht, ist, wie man sich denken kann, fürchterlich und nur der kräftigen Konstitution der an Entbehrungen gewöhnten Leute mag es zuzuschreiben sein, daß hier nicht an Gassen die Lichterfelder Gendarmen, die doch bei anderen Gelegenheiten den größten Eifer an den Tag legen, von diesen Zuständen keine Kenntniß?

Neues vom Vegetarismus. In der letzten Zeit ist der Besuch der vegetarischen Speisehäuser in Berlin, die sich auch an Zahl vermehrt haben, ein ganz enormer. Man bekommt dort in den Mittagsstunden oft kaum einen Platz. Wer nicht weiß, welches Geschäft er treiben soll, und noch ein bißchen Kapital hat, kann nichts Besseres thun, als eine vegetarische Speise-Anstalt eröffnen; wo wäre sonst auch noch etwas zu verdienen? Der starke Besuch dieser Speisehäuser erklärt sich wohl zum großen Theil aus der verhältnismäßigen Billigkeit der vegetarischen Speisen. Auch vielleicht mit durch den Umstand, daß die gewöhnliche Berliner Gasthausküche die Gemüse beinahe ganz fehlen läßt, so daß der Freund von Gemüsenahrung, auch wenn er dabei durchaus kein Gegner oder Verächter der Fleischkost ist, öfter oder seltener die vegetarische Küche aufsucht. Anderen ist die Fleischnahrung vorübergehend ärztlich unterlagert. Grundfähliche Vegetarier sind wohl die wenigsten Besucher der vegetarischen Speisehäuser. Bei besseren Ebbnen und billigeren Fleischpreisen würde sich der Besuch und Verbrauch in den vegetarischen Küchen wieder vermindern zu Gunsten der Fleischnahrung, der ein stärkerer Verbrauch seitens der Arbeiter — die Mehrzahl der vegetarischen Küchen Speisenden besteht aus Arbeitern — dringend zu wünschen wäre.

Mit der Erwähnung der Löhne und Lebensmittelpreise haben wir aber einen Gesichtspunkt bezeichnet, den die Wortführer des grundsätzlichen Vegetarismus gern hervorgehoben. Sie sagen, oder sagten wenigstens bisher, gern: Bei den niederen Löhnen ist die billige vegetarische Küche eine Wohlthat, sie vermag den Einklang im Budget herzustellen und so ist der Vegetarismus nichts Geringeres als die Lösung der sozialen Frage. Darauf ist hundert Mal geantwortet worden: einmal, daß die soziale Frage die Frage der vollen Gleichberechtigung der Arbeiter ist, dann auch, daß billigere Ernährung leicht eine noch weitere Erniedrigung der Löhne herbeiführt. Die Lobredner des Vegetarismus ebenso wie die der einzelnen Wohlthatenanstalten für Arbeiter glauben diese damit zu empfehlen, daß sie den Kapitalisten zeigen, wie gut sich der Lohn der Arbeiter noch verkürzen lasse. Was sie aber den Kapitalisten empfiehlt, macht sie gerade den Arbeitern verdächtig.

Ueber die Genossenschaftsbäckerei für Berlin und Umgegend erfahren wir, daß dieselbe jetzt täglich 2000 Brote zu liefern im Stande ist. Dieses Quantum reicht aber nicht entfernt aus, um der starken Nachfrage entsprechen zu können. Durch Aufstellung mehrerer neuer Oefen hofft man vom 18. Mai ab die Produktion um täglich 1000 Brote steigern zu können. Die Arbeitsverhältnisse in der Genossenschaftsbäckerei stehen im Einklang mit den von den organisierten Bäckergefelln selbst aufgestellten Forderungen. Sonntags wird nicht gearbeitet. Der Betrieb ist umschichtig, so daß diejenigen, welche des Nachts arbeiten, am Tage frei haben, und umgekehrt. Der Lohn beträgt für alle Arbeiter, einschließlich Werkmeister, gleichmäßig 27 M. Die Genossenschaftsbäckerei besitzt 5 einpännige Fuhrwerke. Sie liefert nur Brot und zwar reines Roggenbrot; dasselbe wird lediglich an Wiederverkäufer abgegeben. Da die Nachfrage seitens der Wiederverkäufer eine überaus große sei, werden wir ersucht, dieselben darauf aufmerksam zu machen, sich bezüglich größerer Lieferungen der genannten Bäckerei bis zur erwähnten Vergrößerung des Betriebes zu gebühren. Bei den geringen Mitteln, um welchen das Unternehmen begründet wurde, konnte naturgemäß die Betriebsanlage nur in verhältnismäßig kleinem Umfange errichtet werden.

Die Noth unter den Handlungsgeschiffen kommt auch in dem Jahresbericht des Vereins der deutschen Kaufleute (der zum Verbande der deutschen Gewerksvereine gehört) zum Ausdruck. Während diese Klasse von 1881 bis 1890 zusammen 48 874 M. Kranken- und 1090 M. Begräbnisgeld zahlte, betrug allein im Jahre 1891 das gezahlte Krankengeld 15 778 M. und das Begräbnisgeld 525 M. Erkrankungen und Arbeitslosigkeit steigen gleichzeitig und rufen sich gegenseitig hervor. Das „freisinnige“ Anstaltsmittel, zur Ausbringung der wachsenden Lasten die „Wohlthätigkeit hochherziger Reichen“ anzusehen, wird wohl nicht lange die gewünschte Wirkung haben.

Die Fabrikation künstlicher Blumen hat gegenwärtig in Berlin einen gewissen Höhepunkt erreicht; sie liefert nicht nur sehr einträgliche Exportartikel, sondern sie lockt auch Verabreiter aus dem Auslande nach Berlin, welche hier in möglichst kurzer Zeit die Blumenmacherei erlernen, um diese Fabrikation später in der fernern Heimath zu treiben. Die Wiege dieser gegenwärtig hochentwickelten Industrie stand bis vor wenigen Jahren in der Straßenseite am Pflanzensee. Die Blumenfabrikation ermöglicht nämlich eine weitgehende Arbeitsteilung; ein einzelnes Blumenblatt geht erst durch die Hände von fünf, sechs und mehr Arbeitern, ehe es zur Herstellung einer Blume verwendet werden kann. Jeder Arbeiter lernt die wenigen Verrichtungen, die er an solchem Blatt vorzunehmen hat, sehr leicht und erlangt bald die nöthige Fertigkeit, um das vorgeschriebene Arbeitspensum zu leisten. Diese Eigenartigkeit machte die Blumenfabrikation zur Gefangenenbeschäftigung ganz besonders geeignet, und es ist Thatsache, daß die Konkurrenten derjenigen Firma, welche die Blumenmacherei in Pflanzensee zuerst betreiben ließ, ihre besten Arbeitskräfte aus denjenigen entlassenen Gefangenen entnahmen, die in Pflanzensee mit der Blumenmacherei beschäftigt worden waren. Als die Konkurrenz unter den freien Blumenarbeitern größer wurde, verlangten diese wiederholt und zuletzt auch mit Erfolg Einschränkung der Blumenfabrikation gerade in Pflanzensee, weil die freien Arbeiter mit der Gefangenenarbeit nicht konkurriren können. — Das geschah vor einigen Jahren. — Gegenwärtig befinden sich mehrere junge Amerikanerinnen in Berlin, welche in hiesigen Blumenfabriken Unterricht nehmen, um sich später in ihrer Heimath als Lehrerinnen und Konkurrenten der hiesigen Blumenindustrie niederzulassen.

Der Vorstehende und Direktor der „Zukunft“ G. Steuf, scheidt und folgende Besichtigung: Die Nr. 110 des „Vorwärts“ enthält einen Artikel mit der Ueberschrift: Ueber den Unterhaltungs-, Kranken- und Sterbelassen-Verein „Zukunft“, in welchem gesagt wird, daß der Verein „Zukunft“ im Monat März mit 3000 M. und die Krankenkasse des Vereins im gleichen Monat mit 4000 M. Unterbilanz gearbeitet hätten. Beide Angaben beruhen auf böswilliger Erfindung. Die Vereinskasse hatte in dem genannten Monat eine Mehreinnahme von 892,77 M. und die Krankenkasse eine Mehreinnahme von 2452,07 M. Wir hatten nur von einer durch fast alle Blätter gehenden Mittheilung Notiz genommen. Die Behauptungen, welche Herr Steuf „berichtigend“ will, sind aber auch in öffentlicher Versammlung gemacht worden. Warum tritt Herr Steuf dort nicht den Behauptungen entgegen? Warum tritt er nicht gegen die „böswilligen Erfinder“ auf? Die Geschäftsberichte des Herrn Steuf sind so unklar, daß man sich selbst einen Ueberblick kaum verschaffen kann; man sieht nicht einmal, was Herr Steuf für seine Geschäftsberichtigungen selbst bezieht. Aus den Statuten ist nicht einmal ersichtlich, auf welche Weise der Verein sich seines Direktors entledigen könne. Der Verein selbst ist Nebenwerk; wir haben das seit Jahren gezeigt, und die Mitglieder haben es sich selbst zuzuschreiben, daß sie dies nicht durchschauen wollen und sich noch in der Vereinthätigkeit abmühen.

Ein interessantes Einbrecher-Trio hat Freitag Abend gegen 1/2 Uhr in der Futterhandlung von Linkow, Neanderstraße 28, eine „Vorstellung“ gegeben. Um diese Zeit drangen zwei bis jetzt noch nicht ermittelte Einbrecher vom Hofe aus in den unter dem Laden gelegenen Vorrathskeller des Futtergeschäfts, wo sie sich zuvörderst an dort stehendem Bier gütlich thaten und mehrere Flaschen davon ihrem im Hausflur Schmitzer stehenden Genossen überbrachten. Aldann stellten sie sich vier Reiten mit Eisen zur Abholung zurecht und nahmen zunächst zwei Käse im Gewicht von 100 Pfd. und im Werthe von 100 M. an sich, womit sie sich davon machten. Die Diebe, welche die Käse unverhüllt tragen, gingen in edler Dreistigkeit an dem hellerleuchteten Laden vorüber und wurden hierbei von den beiden gerade stark beschäftigten Verkäuferinnen beobachtet. Etwa 5 Minuten später passirte ein Bewohner des Hauses Schmitzstraße 10 den Hausflur dieses Gebäudes und bemerkte in der Thüröffnung einen jungen Menschen, der auf einem Schweigerläse saß. „Nanu, was soll denn das bedeuten?“ frag er kaum der Herr. „Ich komm Ihnen wohl verdächtig vor!“ lautete prompt die Antwort. „Jawohl“, entgegnete der Herr, den Durschau fixierend. „Stimmt“, meinte der Letztere, „ich habe den Käse gestohlen!“ Die geradezu verblüffende Aufrichtigkeit des Diebes veranlaßte den Hausbewohner, einen in der Nähe postierten Schutzmann auf den Einbrecher aufmerksam zu machen und dessen Verhaftung zu fordern. Als aber der anfänglich zaudernde Beamte mit dem Herrn sich nach dem Hausflur begab, war der Dieb verschwunden. — Die Kriminalpolizei, welcher sofort Meldung gemacht wurde, fand an dem Thortor des Diebstahls ein großes Stemmisen, welches das Einbrecher-Trio gegen eine dem Futterhändler L. gebührige Nagel-Zange eingetauscht hatte. Die Polizei ist den Fährten bereits auf der Spur.

Vergiftet hat sich, nach Angabe der „B. Pr.“, am Donnerstag früh der Kaufmann Julius Abrahamson. Er war etwa 60 Jahre alt und seit 30 Jahren Inhaber eines größeren Leder- und Saffiangeschäfts in der Holzmarktstr. 67. Das Geschäft ging in den letzten Jahren mehr und mehr zurück; Abrahamson sah sich in kurzen vollständig ruiniert, die Verweisung darüber hat ihn zum Selbstmord getrieben. Bezüglich der Wasserkatastrophe am Wendenschlößchen bei Grünau hat die polizeiliche Untersuchung ergeben, daß der Unglücksfall lediglich durch das schnelle Fahren des Dampfers „Hohenjoller“ herbeigeführt worden ist. Obwohl der Dampfer an der Grünauer Seite der hier über 150 Meter breiten seerartigen Dämme fuhr, war der durch die Maschine verursachte Wellenschlag ein so bedeutender, daß bei der vierten in das Fahrboot schlagenden Welle der Kahn bereits sank. Erst jetzt sprangen die Insassen von ihren Plätzen und brachten dadurch den Nachen zum Lenken. Amlich festgestellt ist nunmehr, daß nur zwölf Passagiere in dem Fahrzeug gewesen sind und daß nur eine derselben das Opfer des Unfalles geworden ist. Die Leiche des Betroffenen, des Metallrehlers Schneider ist gestern nach Berlin überführt worden. Uebrigens ist seitens der Staatsanwaltschaft bereits die Untersuchung eingeleitet worden.

Am Freitag Abend gegen 11 Uhr fand ein Wächter an der Ecke der Stargarderstraße und Pappelallee zwei Kinder auf dem Bürgersteige liegend, einen Knaben, der noch Lebenszeichen von sich gab, und ein viel jüngeres Mädchen, das fast regungslos dalag. Die nähere Untersuchung ergab folgendes: Im zweiten Stockwerke des Hauses Pappelallee 108 wohnt der auf dem Stadtbahnhofe Schönhauser Allee angestellte Schaffner Helbig mit seiner aus der Ehefrau, einem elfjährigen Knaben Paul und einer acht Monate alten Tochter Anna bestehenden Familie. Paul schlief in der hohwärts liegenden Küche auf einem Sopha, sein Schwesterchen in einem Kinderwagen. Die übrigen Wohnräume liegen nach der Stargarderstraße zu. Der Knabe, der die Gemeindefschule besucht, hat seit kurzer Zeit Spuren von Verfolgungswahnsinn gezeigt. Gestern Abend verließ Frau Helbig ihre Gemahlin gemäß bald nach 10 Uhr die Wohnung, um ihren Mann abzuholen. Man vermutet nun, daß der Knabe kurz vor 11 Uhr aus dem Schlafe erwacht, wieder vom Verfolgungswahnsinn befallen worden sei, in diesem Zustande sein Schwesterchen auf den Arm genommen habe und mit ihm aus einem Fenster nach der Stargarderstraße zu hinausgesprungen sei. Er ist nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht worden, wo man wenig Hoffnung auf Wiederherstellung hegt. Anna Helbig ist anscheinend auf den Knaben gefallen und scheint minder schwere Verletzungen davon getragen zu haben. Sie ist in der elterlichen Wohnung geblieben.

Eine Selbstmörderin aus Reme. Am Vortage besuchte das 17jährige Dienstmädchen Anna Sp. die in der Brunnenstraße wohnhafte Arbeiterfrau M. und erhielt von der Letzteren die Erlaubniß, bis Donnerstags Nachmittags dortselbst verbleiben zu dürfen. Am Morgen dieses Tages entfernte sich Frau M., um eine Besorgung zu machen, und diese Zeit benutzte die Sp., um die Wohnung ihrer gütigen Gastfreundin aufzulockern und mit ihrem weit über 100 M. Betragenden Raube das Weite zu suchen. Das Mädchen, welches erst vor kurzem einen Diebstahl begangen, scheint sich in Berlin nicht sicher gefühlt zu haben, sie fuhr nach Friedrichshagen und hier dürfte wohl die Reue über ihr verfehltes Leben die Sp. zum Selbstmord getrieben haben. Als Arbeiter Freitag Morgen am Mühlgraben vorbeizogen, sahen sie eine Frauensperson leblos auf den Wellen treiben; es gelang ihnen, die Lebensnude an's Land zu ziehen, die nach mehrstündigem ärztlichen Bemühen wieder zum Bewußtsein kam und dann bitterlich weinend den Grund ihres Selbstmordversuches, Reue und Angst vor dem Gefängniß, berichtete. Die Sp. wurde alldann in das Amtsgefängniß geschafft, wofelbst sie den vergeblichen Versuch machte, sich zu erhängen.

Polizeibericht. Am 13. d. M. Morgens wurde ein Kaufmanns-Beihilf in der Wohnung seines Lehrherrn in der Brangelstraße und ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße erhängt vorgefunden. — Auf dem Oranienplatz fiel Vormittags ein Omnidabusfahrer beim Verlassen seines Sitzes infolge plötzlichen Kränkens der Pferde vom Wagen und erlitt außer einer Verrenkung des Armes eine so bedeutende Verletzung am Kopfe, daß er nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte. — Als Abends die Frau des Billethaffners Helbig ihre beiden Kinder, einen 10jährigen Knaben und ein acht Monate altes Mädchen, in ihrer im 2. Stock des Hauses Pappelallee 108 belegenen Wohnung schlafend zurückgelassen hatte, um ihren Ehemann aus dem Dienst abzuholen, ist der Knabe wahrscheinlich erwacht und mit der kleinen Schwester an das Fenster getreten, um sich nach der Mutter umzusehen. Hierbei stürzten beide auf die Straße hinab, und erlitt der Knabe so schwere Verletzungen, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde, während das kleine Mädchen anscheinend unversehrt blieb. — Im Laufe des Tages und in der darauffolgenden Nacht fanden vier kleine Brände statt.

Eine Revolveraffäre beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Dr. Schloffer Franz A. m. e. r. b. i. d. hatte sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Es handelte sich um einen Streit zwischen Militär und einem Zivilisten. Am Abende des 15. Nov. v. J. betrat drei Soldaten des Eisenbah-Regiments das Wendler'sche Schanklokal in der Teltowerstraße. Die beiden dort bedienenden Kellnerinnen setzten sich sofort zu den neu eingetretenen Gästen und baten dieselben etwas zum Besten zu geben. Während einer derselben für seine Nachbarin ein Glas Grüner Bier bestellte, erwiderte ein anderer Soldat auf einen gleichen Wunsch der zweiten Kellnerin, daß sie gerne ein Glas Bier trinken möge, mit einem zweideutigen „meinethwegen“. Hierin erblickte das Mädchen eine Beleidigung. Als es zum Begleichen kam, erwiderte der Pionier Wagner sich, daß Bier für seine Nachbarin zu zahlen, da er in dem Ausdruck „meinethwegen“ eine Beleidigung nicht finden konnte. Bei der hierüber entstandenen Auseinandersetzung mischte sich auch der im Lokale anwesende Angeklagte hinein, indem er dem Soldaten sagte, er möge doch bezahlen und dem Regiment keine Schande machen, er, der Angeklagte, habe derselben Truppengattung angehört und stets bezahlt, was er bestellt habe. Ueber den Fortgang des nun folgenden Aufruhrs standen sich die Zeugnisaussagen so direkt gegenüber, daß auf einer Seite ein Meineid geleistet sein mußte. Die drei Soldaten bekundeten übereinstimmend unter ihrem Eide, daß der Angeklagte sofort einen Revolver hervorgezogen hatte, als die Soldaten sich jede Einmischung seinerseits verbat. Der Angeklagte habe dabei auf den ihm gegenüber stehenden Pionier Duberke gezielt und gerufen: „Weiden Sie mir drei Schritte vom Leibe, oder ich schreie!“ Die Wirthin sei zwischen beide Personen getreten und habe den Angeklagten erfaßt, im Interesse des Friedens das Lokal zu verlassen. Der Angeklagte sei der Aufforderung gefolgt und die Sache schien erledigt. Nach wenigen Minuten hätten die Soldaten auch das Lokal verlassen. Als sie die Straße betraten, habe der Angeklagte hinter der Thür auf der Lauer gestanden und aus unmittelbarer Nähe auf den zuerst hinausretirenden Pionier Kleinig einen Schuß abgegeben wollen. Der Schuß verfehle. Die Pioniere hätten den Angeklagten, der die Flucht ergriff, verfolgt. Als sie ihm in der Großbeerenstraße fast auf den Fersen waren, habe der Angeklagte sich umgedreht und einen Schuß auf den Pionier Kleinig abgefeuert. Derselbe erhielt eine Verwundung an dem linken Finger der linken Hand. Nun habe dieser sein Seitengewehr gezogen und dem weiter Hilenden einen Schlag vertheilt, der indessen nur den Ueberzieher durchtrieb. Gleich darauf wurde der Angeklagte ergriffen. Eine ganz andere Darstellung gab der Angeklagte vom dem Vorfalle. Er behauptete, daß die Soldaten sofort nach seiner Einmischung mit gezühtem Taschenmesser auf ihn eingedrungen seien. Um sich zu wehren, habe er ihnen den Revolver entgegengehalten und, rückwärts gehend, die Straße gewonnen. Die Soldaten seien ihm mit der blanken Klinge in der Hand gefolgt und deshalb habe er sofort, ohne vorher einen Schußversuch gemacht zu haben, die Flucht ergriffen. Soweit es die Vorgänge im Lokal betraf, deckte sich die Aussage der Wirthin völlig mit der des Angeklagten und die der Kellnerinnen lautete ebenfalls zum Theil für den Angeklagten günstig. Der Staatsanwalt hielt die Soldaten für glaubwürdig und beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof hielt für erwiesen, daß die Soldaten erst ihr Seitengewehr gezogen, nachdem der Angeklagte geschossen. Von Nothwehr kann keine Rede sein und sei deshalb nach dem Antrage des Staatsanwalts erkannt worden.

Die erste Strafkammer des Landgerichts II verurtheilt gestern den Buchdrucker Wilhelm Werner wegen Aufreizung auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches zu einem Monat Gefängniß; bezüglich einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung erfolgte Freisprechung. Der mitangeklagte Tapezierer Sch. a. d. wurde wegen Beamtenbeleidigung zu 30 M. Geldbuße od. 6 Tagen Haft verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Werner wegen der Aufreizung 2 Monate Gefängniß und bezüglich der Majestätsbeleidigung selber Freisprechung, gegen Sch. a. d. 50 M. Geldstrafe bez. 10 Tage Gefängniß beantragt. Dem Gendarmen Rettinger ist das Publikationsrecht zugesprochen. Mit Ausschluß der Kosten der Majestätsbeleidigungsanfrage haben die Verurtheilten sämtliche Kosten zu tragen. Die erwählten Vergehungen waren in den Reden gefunden worden, welche die Herren Werner und Sch. a. d. in Bernau und Wilmesdorf Mitte vorigen Jahres gehalten haben.

Eine Anklage wegen Sittlichkeitsvergehen führte gestern den Jahrgart Emil Kiesel vor die erste Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung wurde bei verschlossenen Thüren geführt. Aus der Urtheilsverkündung ging hervor, daß der Angeklagte sich eines unethischen Attentats gegen ein junges Mädchen schuldig gemacht hatte, welches zwecks einer Operation die Behandlung des Angeklagten aufgesucht hatte. Das Urtheil lautete auf zwei Monate Gefängniß.

Zur Auslegung einer die Treppeneinigung betreffenden Bestimmung eines Berliner Miethsvertrages theilen die „Blätter für Rechtspflege“ eine Entscheidung der I. Zivilkammer des Landgerichts II mit, welche von allgemeinerem Interesse ist. Ein Hausvater hatte auf Ermittlung eines Miethers geklagt, welcher eine parterre gelegene Wohnung nebst einem Boden- und Kellerraum gemiethet hatte, weil derselbe sich geweigert hatte, die zum Boden und Keller führenden Treppen zu reinigen. Der Kläger berief sich dabei auf einen Paragraphen des Miethsvertrages, welcher bestimmte, daß die Treppen und Flure von den Miethern ein und desselben Stockwerks abwechselnd wöchentlich gescheuert und eine Woche hindurch rein zu halten seien. Ein anderer Paragraph räumt dem Kläger das Recht ein, die sofortige Räumung der Wohnung zu verlangen, falls die Vertragsbestimmungen vom Miether nicht innegehalten werden. Das Amtsgericht wies den Kläger mit der Begründung ab, daß nach dem ersterwähnten Paragraphen des Vertrages die Miether lediglich die zu ihren Wohnungen führenden Treppen, sowie die zu diesen gehörigen Flure zu reinigen haben, nicht aber auch die Keller- und Bodentreppen, daß die letztere Verpflichtung nicht ausgesprochen sei und nicht zu Ungunsten des Miethers angenommen werden könne. Dieser Ansicht trat das Landgericht bei. Nach der Vertragsbestimmung scheine nur an die Stockwerkstreppe, nicht an die nach dem Boden und Keller führenden gedacht zu sein. Da die in Frage stehende Vertragsbestimmung im höchsten Maße zweideutig sei, so müsse sie zu Gunsten des Beklagten ausgelegt werden.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Glaser! Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 9. Mai ist über die Verhaftung der Firma W. a. d. l. u. S. o. b. u., Behrenstraße, Berlin, die Sperre verhängt worden, weil dieselbe die Arbeiter mittelst Reverses verpflichten will, nicht der Lokalorganisation anzugehören. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die Sperre über die Verhaftung des Hoflieferanten Heimerdors u. Ko., Friedrich- und Zimmerstraßen-Bez., nach wie vor bestehen bleibt. Der Vertrauensmann, J. A. R. Stampehl.

Für Wöthcher! In Harburg und Würzburg sind infolge von Mahrregelung Differenzen ausgebrochen, weshalb die dortigen Wöthcher bis auf Weiteres um Fernhaltung des Zugangs bitten.







